

Halbesche  
für Stadt

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von H. Kirchner,  
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.  
In Magdeburg in der Kreuz-  
schen Buchhandlung, Breite-  
weg No. 156.

Hallesche  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 58.

Halle, Sonnabend den 10. März  
Hierzu eine Beilage.

1849.

## Deutschland.

Halle, d. 10. März. Die Abgeordneten Grabow, v. Auerswald und Lensing sind von der zweiten Kammer, der erste zum Präsidenten, die beiden andern zu Vicepräsidenten erwählt worden. Sie sind die von der Rechten der Kammer aufgestellten Kandidaten. Diese Wahl ist unter den gegenwärtigen Umständen von größerer Bedeutung, als sie je in gewöhnlichen Zeiten sein kann. Das Bedeutungsvolle liegt nicht darin, daß die Erwählten zu den politischen Genialitäten gehörten, deren staatsmännische Größe und parlamentarische Uebermacht den legislativen Körper wie ein Mirabeau beherrscht, ihm Ton, Farbe und Charakter verleiht. Die Wichtigkeit dieser Wahlen liegt in ganz andern Verhältnissen. Zuerst und vor Allem ist die Wahl ein Vorspiel zu der Entscheidung über die Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 5. Dec. Die Präsidenten sind von dem Theile der Kammer gewählt worden, welcher die Verfassung vom 5. Dec. als rechtsgültiges Grundgesetz des preussischen Staates anerkennt und sich verpflichtet, zu der vorbehaltenen Revision auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege mitzuwirken. Alle Gegner der Verfassung, die mit allen Sorten von Republikanern und Demokraten auf der Linken sich verbunden hatten, waren auch gegen die Wahl der genannten Männer zu Präsidenten. Sie unterlagen. Das ist die eine Seite, warum diese Wahl von größerer Bedeutung ist. Sodann zeigt sich uns die Rechte als eine konstitutionelle Partei von geschlossenem Zusammenhalt, und ihr Sieg ist ein erfreuliches Zeichen ebenso der Macht als der versöhnlichen Gesinnung. Die drei Kandidaten gehören der vor dem März schon unzweifelhaft konstitutionellen Partei, der ehemaligen Opposition des vereinigten Landtags an, und ihre Gegner waren damals die Bodenschwinghs, die Bismark-Schönhausen, Patow, Manteuffel. Die übertriebene Anhänglichkeit an das alte Regierungssystem ist geschwunden; die Verehrer des Polizeistaates gaben ihre Stimmen ihren frühern Gegnern und die ganze konservative Partei ist konstitutionell. Das ist der zweite Grund, warum dem Wahlakte eine größere Bedeutung gebührt. Drittens war die Kandidatur der drei Abgeordneten nach der Seite der Linken hin höchst rücksichtsvoll und im versöhnlichen Sinne. Die Rechte hatte Männer zum Präsidium vorgeschlagen, für die auch die Linke mitstimmen

konnte, ohne sich etwas zu vergeben, wenn sie sich nicht zu nutzlosen und ehrsüchtigen Rechthabereien hinreißen lassen wollte. Grabow war der geachtete und verehrte Präsident der Nationalversammlung; im November war seine Stellung über den Parteien. Daß die Rechte ihn zum Präsidenten vorschlug, war eine große Demonstration. Die Linke wußte das Dargebotene nicht zu schätzen, nicht zu begreifen, sie verfuhr, wie der versahrt, der keinen politischen Takt, nicht einmal die gewöhnliche Klugheit besitzt. Im Eifer, die alte Wirthschaft vom vorigen Jahre in diesem wieder fortzusetzen, hatte sie beschlossen, in vollständigster Rücksichtslosigkeit und mit dem ihr eigenthümlichen parlamentarischen Terrorismus das letzte Bureau der aufgelösten Nationalversammlung wieder zu wählen. Unruh sollte Präsident, und wo möglich Vereinbarungspräsident werden. Sie unterlag mit Unruh und mit ihrer Hartnäckigkeit. Auerswald im December von den vermittelnden Fraktionen zum Präsidenten ersehen, konnte sehr wohl die Stimmen der Linken auf sich vereinigen; es war ihr möglich gemacht eine Niederlage zu vermeiden. Die Rechte war ihr entgegengekommen, sie hatte ihr in den vorhergegangenen Sitzungen das ehrenhafte Beispiel gegeben, daß man auch einem parlamentarischen Gegner beistehen könne, ohne sich etwas zu vergeben. Die Linke verstand diese Schonung nicht, sie ließ Unruh fallen und unterlag mit Waldeck, ihrem Gegenkandidaten. Endlich konnte sie Lensing, dem Alterspräsidenten, dem sie durch Ausstehen von ihren Plänen gedankt hatte, durch Neuwahl sich erkennen zeigen, ohne sich einer Demüthigung auszusetzen. Sie zog eine dritte Niederlage vor, und indem sie Waldeck und Unruh, deren Vorsitz über das Vaterland großes Unheil gebracht hat, fallen ließ, machte sie nutzlose Demonstrationen für den Elbinger Bürgermeister Phillips. Mit Recht sagt die Parl.-Correspondenz: Die Linke wollte nur Stroh dreschen. Die Rechte dagegen hatte staatsmännische, patriotische Gesichtspunkte. Wenn nun auch der Linken das Verständniß einer so zart fühlenden Taktik abgeht, so sorgte doch die Rechte, daß die Präsidenten ihrer Wahl vielleicht von der ganzen Partei diejenigen sind, welche der Linken am wenigsten aufgedrungen scheinen. Alle drei könnten doch eben so gut von der Linken mitgewählt sein. Aber die Linke verharrete in obstinatem Eigensinn, des edlern politischen Gefühls baar, stieß sie die Vorschläge der Rechten von sich, bloß weil sie von der

Rechten ausgingen, und unterlag mit ihren eillen Demonstrationen. Dies giebt dem vollzogenen Wahlaкте und dem Siege der Rechten eine unzweifelhaft höhere Bedeutung. Mögen im Interesse der Freiheit, der Ordnung und der Gesehlichkeit bald mehrere solcher Siege folgen.

**Halle, d. 10. März.** Eine nachdrückliche und allgemeine Agitation bemächtigte sich im verflossenen Jahre des Gewerbs- und vorzüglich des Handwerkerstandes. Die Agitation hatte einen bestimmten Charakter. Sie war gegen die Gewerbefreiheit gerichtet. Während sich das deutsche Volk für die politische Freiheit begeisterte, versuchten die Handwerkerklassen die Freiheit der Arbeit zu zerstören und die alte Gebundenheit, den mittelalterlichen Gewerbeband aus dem Grabe herauf zu beschwören. Während man mit gerechtem Feuermuth gegen alle lebensunfähigen Reste der feudalen Vergangenheit zu Felde zog, während man den Staat, die Kirche, die Schule von den Fesseln mittelalterlichen Zwanges zu befreien strebte, trachtete der Handwerkerstand die Freiheit der Arbeit und des Erwerbs in die eisernen Ringe der Feudalität zu schmieden. Nach dem Beispiele des Vorparlamentes traten Kongresse und Handwerkerparlamente zusammen in Hamburg, Hannover, Heidelberg, Frankfurt a. M. u. a. D. Die Beschlüsse dieser Versammlungen sind der Definitivität übergeben. Sie liegen uns vor und wir halten uns verpflichtet, die Aufmerksamkeit unserer Leser auf das Wichtigste dieser Beschlüsse hinzuweisen. Wir wählen zunächst die Beschlüsse des süddeutschen Gewerkekongresses. Derselbe beantragt Folgendes: „Es ist nothwendig, daß alsbald eine Nationalbank errichtet werde, woraus ein jeder Staatsbürger gegen einen billigen Zins auf bloßen persönlichen Kredit von der kleinsten bis zur größten Summe, ohne Mühe und Opfer, das zum Anfang oder zur Betreibung seines Gewerbes nöthige Kapital erhalten kann.“ — Ferner unter dem Titel: „Es konkurriert der Handwerker der Stadt mit dem auf dem Lande unter folgenden Bestimmungen“, heißt es: „Mit Ausnahme der durch Marktordnung bestimmten Marktzeit darf kein Gewerbsmann vom Lande oder irgend ein Handelsreisender Produkte, welche in der Stadt verfertigt werden, zum Verkauf in die Stadt bringen.“ Unter dem Titel: „Es konkurriert der Handwerker mit dem Fabrikanten und dem Kaufmann“ heißt es: 1) „Sollen neue Fabriken angelegt werden, so kann es nur nach erfolgter Begutachtung des Gewerberaths geschehen, dahin gehend, daß die Gewerbe des Orts und des Bezirks nicht beeinträchtigt werden; 2) der Fabrikant muß eine Meisterprobe seines Gewerbes ablegen.“ Gegen diese und ähnliche traurige Verirrungen, in welche ein Theil des deutschen Handwerkerstandes in Verfolgung seiner wirklichen oder vermeintlichen Interessen verfallen ist, hat der Mannheimer Gewerbeverein einen „Aufruf an seine Gewerbsgenossen in Deutschland“ erlassen, worin er gegen alle derartige Beschlüsse feierlich protestirt und zugleich die beruhigende Ueberzeugung gewährt, daß der Handwerkerstand wenigstens nicht überall gleichen Vorurtheilen blindlings folgt. Der Gewerbeverein sagt sehr richtig, wollen wir nicht unserm sichern Ruin entgegen gehen, so dürfen wir keine Beschlüsse fassen, durch welche wir uns lächerlich machen; das thun wir aber durch den Beschluß über eine Nationalbank, wie die bezeichnete. Wir dürfen keine Beschlüsse fassen, welche mit allen übrigen Interessen der Gesellschaft unverträglich sind, wie offenbar diejenigen über den Handel und die Fabrikation in deren Verhältniß zum Handwerk. Wir dürfen keine Beschlüsse fassen, durch welche wir eine durchaus vergangene Zeit bei den Haaren festzuhalten oder aus dem Grabe herauf zu holen versuchen. Die Ehre, die Zukunft und das Heil unseres Standes fordert, daß wir uns selbst ermannen, und daß wir selbst Herr werden über die in unserer Mitte zahl-

reich auftauchenden Gelüste, dem Meisterstande auf Kosten aller andern Stände und Berufsarten Korporationsprivilegien zu erobern. Unsere Interessen können nur mit denen aller übrigen Klassen der Gesellschaft Hand in Hand gehen. Indem wir Euch nun auffordern, Euch unserm Proteste zur Ehre unseres Standes anzuschließen, theilen wir zugleich unsere Hauptgrundsätze mit, von deren Durchführung wir allein eine bessere Zukunft für unsern deutschen Gewerbebestand hoffen können.

Sie betreffen zunächst den Schutz des deutschen Gewerbleises gegen den Vertilgungskrieg, welcher ihm vom Auslande gemacht wird. Als wichtige Maßregeln zu diesem Schutze betrachten wir: 1) die Vereinigung von ganz Deutschland zu einem Zoll- und Handelsbund; 2) die Errichtung von deutschen Handelskonsulaten im Auslande und den Schutz unseres Verkehrs durch eine deutsche Kriegsslotte; 3) die Einführung eines Differentialzollsystems zur Beförderung des überseeischen Verkehrs und des Absatzes deutscher Gewerbszeugnisse auf überseeischen Plätzen, so wie als Mittel zur Abschließung vorteilhafter und auf wahrer Gegenseitigkeit beruhender Verträge; 4) Aufstellung eines deutschen Zolltarifs zu genügender und progressivem Schutze der einheimischen Gewerbszeugnisse gegen die ausländische Konkurrenz nach dem Maßstabe des Werthes der auf die verschiedenen Gewerbszeugnisse verwendete Arbeit; 5) Einführung eines Systems der Rückvergütung der auf Rohprodukte und Halbfabrikate erhobenen Eingangszölle bei der Ausfuhr der aus jenen Rohprodukten oder Halbfabrikaten im Inlande verfertigten Gewerbszeugnisse, oder die Aufhebung der Zölle auf Rohstoffe.

Alle diese Punkte sind schon so vielfach im deutschen Vaterlande durchgesprochen, daß wir glauben, uns mit ihrer bloßen Aufstellung begnügen zu können.

Ferner beziehen sich diese Hauptgrundsätze auf den Schutz des gewerblichen Eigenthumsrechtes. Das Eigenthumsrecht an geistige Produktionen hat endlich durch die Gesehgebungen über den Nachdruck einen Schutz im deutschen Vaterlande gefunden. Aber ein Eigenthumsrecht an technische Erfindungen, an gewerbliche Produktionen existirt im Vaterlande noch nicht. Die ungleichen in den einzelnen deutschen Staaten bestehenden Patentgesehgebungen sind größtentheils illusorisch und in den kleinern derselben völlig nutzlos. Es sieht beinahe wie eine Verpottung des gefunden Menschenverstandes aus, wenn ein Staat wie Bernburg oder Lobenstein oder auch Hannover ein Patent auf eine Verbesserung der Spinnerei oder des Gerbvorfahrens ertheilt. Nur eine gemeinsame Gesehgebung der deutschen Staaten zum Schutze der Erfindungen und der gewerblichen Produktionen an Mustern und Formen kann ein wirkliches Eigenthumsrecht an dieselben sichern. Nie war eine solche Gesehgebung, durch welche Englands industrielle Bedeutung wesentlich mit begründet worden ist, nothwendiger als in unserer Zeit, in welcher fast jeder Gewerbszweig fortwährende vervollkommnungen und Verbesserungen finden muß, wenn er nicht unvermeidlich durch die Leistungen des Auslandes überflügelt und erdrückt werden soll. Solche vervollkommnungen und Verbesserungen, zu denen es an deutschem Erfindungsgeiste und Künstler-talente nicht fehlt und zu keiner Zeit gefehlt hat, können aber in unserm Vaterlande nicht entstehen, ohne einen wirksamen Schutz für diejenigen, welche sie durch fortgesetzte Versuche und Studien, durch anhaltende Mühen und oft unvermeidliche große Auslagen zuerst ins Leben gerufen haben. Es ist bei den bestehenden Zuständen fast unmöglich, daß irgend eine großartige neue Industrie in Deutschland zuerst Boden gewinne. Wer eine Erfindung macht, muß sie dem Auslande verkaufen, oder wenn er sie selbst anwenden will, so ist er genöthigt auszuwandern. Dies ist zur Schmach des deutschen Vaterlandes im

buchstäblichen Sinn des Wortes eine bittere Wahrheit. Ohne jenen Schutz ist die deutsche Gewerbethätigkeit dazu verurtheilt, nach wie vor nur die im Auslande bereits ausgebeuteten Verbesserungen nachzuahmen, von den Vervollkommnungen im Auslande beständig überflügelt zu werden und nach unzähligen Seiten in einer unbestreitbaren, aber des einheimischen Erfindungsgeistes und Kunstfleißes völlig unwürdigen Inferiorität zu verharren.

Drittens hebt der Mannheimer Gewerbeverein die Einführung einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung als ein dringendes Bedürfnis hervor. Wenn auch seine Ansichten über den Einfluß des Kapitals nicht die richtigen sind, wie zu anderer Zeit dargethan werden wird, so theilen wir sie doch unverändert um so lieber mit, als hier sachverständige Männer, die den Druck der gewerblichen Zunftverfassung aus eigener Erfahrung thatsächlich kennen gelernt haben, über dieses Zunftwesen den Stab brechen.

Der rasche Umschwung aller Verkehrs- und Transportverhältnisse, die fortwährende unvermeidliche Ausbreitung der Fabrikation, der durch vermehrte Anwendung der Maschinenkraft vielfach nothwendige Geschäftsbetrieb im größten Maßstabe, und noch weit mehr als diese Ursachen, die ins Ungeheure angewachsenen europäischen Staatsschulden, die nothwendige Verzinsung unermesslicher Kapitalien, denen größtentheils kein wirkliches Wertobjekt, sondern nur ein erdichteter Werth, ein Stück Papier zum Grunde liegt, — diese Ursachen haben nach und nach dem Kapitalbesitzer eine solche Ueberwucht, eine solche Macht gegeben, daß sich der gewerbetreibende Mittelstand, dieser eigentliche Fels, auf welchem die Ordnung und der Friede der Staaten ruht, mehr als irgend eine andere Klasse der bürgerlichen Gesellschaft in gedrückter und gefährdeter Lage befindet. Was durch die Gesetzgebung zu seinem Schutze, zu seiner Erleichterung und zu seiner Emporhebung geschehen kann, das ist eine der dringendsten Aufgaben für die gesetzgebenden Versammlungen. Die Veränderungen in der Gestaltung aller gewerblichen Verhältnisse sind so schnell eingetreten und folgen sich so rasch, die eigentliche und dauerhafte zukünftige Gestaltung derselben ist noch so wenig mit Sicherheit vorauszusehen, daß in vielen Beziehungen eine klare Erkenntnis, auf welchem Wege mit Sicherheit durch die Gesetzgebung zu helfen ist, noch nicht gewonnen sein kann. Wir wissen wohl, daß der Aufschwung der Fabrikation, wie die vermehrte Anwendung der Maschinenkraft in ihrem Endresultate dem Gewerbe stande nicht zum Nachtheile gereichen, sie ändern nur die Art des Gewerbetriebes und sehen keineswegs der Existenz eines zahlreichen Mittelstandes im Wege, da jede neue Fabrikationsmethode in der Regel mehr einzelne neue Geschäfte ins Leben ruft, als sie deren alte verdrängt. Wer indeß auch nicht dieser letztern Ansicht sein sollte, würde doch nicht im Stande sein, sich dem unvermeidlichen Entwicklungsgange des Geschäftsbetriebes in der ganzen civilisirten Welt zu widersetzen und sich einer Neugestaltung desselben entgegenzusetzen, die durch keine Gewalt mehr aufzuhalten ist. Bei dem ersten Auftreten neuer Fabrikationsmethoden ist freilich der Ruin mancher kleinerer Geschäfte unvermeidlich, und einer Anzahl rechtschaffener und ehrbarer Gewerbleute ist nur die Wahl, entweder dem sichern Untergange entgegen zu eilen oder sich rechtzeitig in einen neuen und veränderten Geschäftsbetrieb zu finden. Das Letztere kann nicht jedem gelingen, und die Gesetzgebung macht es da, wo die alte Zunftverfassung noch besteht, oder eine neue eingeführt ist, dem Einzelnen sogar unmöglich.

Wenn wir daher nicht verkennen, daß das Wichtigste, was zur Erleichterung und Hebung des gewerblichen Mittelstandes geschehen muß, weniger von der Gesetzgebung, als von dessen eigener Kraft, Rührigkeit und Geschicklichkeit zu er-

warten ist; wenn wir eben so wenig verkennen, daß das Heil des Mittelstandes zum Theil von einer allmählichen Rückkehr der ganzen Gesellschaft zur alten Einfachheit der Sitten und der Lebensweise zu hoffen, so sind wir gleichwohl überzeugt, daß es gesetzliche Bestimmungen, welche der eignen Thätigkeit des Gewerbestandes und der von ihm selbst zu erwartenden Neugestaltung seiner Verhältnisse Fesseln anlegen und hinderlich im Wege sind, welche seine ehrenhafte Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft beeinträchtigen — und eine unzweifelhafte Verbesserung schon jetzt erheischen.

Im südlichen Deutschland steht die Zunftverfassung noch in voller Blüthe. Die Zustände des dortigen Handwerkerstandes sind dort die kläglichsten im ganzen deutschen Vaterlande. — Beweis genug, daß die Beschwerden, die man über den vermeintlich zerstörenden Einfluß der Gewerbefreiheit da, wo diese eingeführt ist, einen andern Grund, eine andre Ursache haben müssen. Der „Mannheimer Aufruf“ spricht sich in dieser Beziehung sehr bestimmt aus. Das Zunftwesen, schreibt er, ist so sehr veraltet, daß man wohl von demselben sagen kann, es ist von seinen Vorzügen wenig, von seinen Nachtheilen und Mißbräuchen aber das Meiste übrig geblieben. Die heutigen Zunftgenossenschaften leisten nur Geringes für das Wohl ihrer Mitglieder, während die Mißbräuche, welche bei denselben üblich sind, die Quelle hundertfältiger Belästigung Einzelner werden. Ihre schlimmste Seite aber ist, daß sie einen Geist kleinlicher Zänkereien nähren und den Gesichtskreis ihrer Angehörigen in enge Schranken bannen, die in der Wirklichkeit vom Leben längst durchbrochen und mit dem neuern Geschäftsbetriebe jeder Art völlig unverträglich sind. Das einzige wesentliche Recht, welches den Zünften verblieben ist, beruht darin, das Betreiben einer Profession demjenigen zu verwehren, welcher nicht als Meister in derselben geprüft und fähig befunden worden ist. Unsrer Ansicht geht dahin, daß dieses Recht, die Hülfe der Behörden gegen Pflüscherei zu verlangen, jedem einzelnen geprüften Gewerbsmeister gewährt werden sollte, daß jedoch alle übrigen gesetzlichen Vorschriften über die Zunft- und Innungsverfassung und damit zugleich alle Mißbräuche, welche mit ihr verbunden sind, baldmöglichst aufgehoben werden sollten.

So urtheilt ein Verein aus Gewerbsmeistern, die die Zunftverfassung aus eigener lebendiger Anschauung kennen. Wir täuschen uns vielleicht nicht, sagen sie, wenn wir glauben, daß durch eine ausführliche und ins Einzelne gehende neue Gewerbeordnung der Zeit vorgegriffen wäre. Es möchte vielleicht schwierig oder unmöglich sein, eine so tief eingreifende, so mannigfaltige, sich widersprechende Interessen berührende Aufgabe zu lösen, ohne theilweise neue Mißgriffe an die Stelle veralteter Mißbräuche zu setzen. In dieser Besorgnis liegt nach unsrer Ansicht der Grund, weshalb Regierungen und Stände bisher gezögert haben, zur Lösung dieser wichtigen Aufgabe entschieden vorzuschreiten. Unsrer Ansicht geht daher dahin, daß das Gesetz sich auf die Feststellung weniger Grundsätze beschränken, und die Anwendung auf alle einzelnen Fälle dem Ermessen sachverständiger Behörden, sowie der Erfahrung und der sich geltend machenden Uebung zunächst überlassen müsse. Die richtige Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse ist von einer möglichst freien Uebung des Vereinsrechts viel eher zu erwarten, als von zunftmäßigen Innungen oder gar von den alten Innungen.

Der Verein schlägt alsdann Einrichtungen vor, wie sie durch die Gesekntwürde bereits im Preussischen in Aussicht gestellt sind. Dahin gehören Gewerbeärthe, Gewerbegerichte und technische Prüfungskommissionen. Hinsichtlich der Ertheilung des Meisterrechts durch die Prüfungskommission äußert der Verein, daß Meisterrecht sollte nicht an den Vorweis eines

Lehrbriefes oder eines Wanderbuchs, sondern nur an den Nachweis der tüchtigen Vorbildung, auf welchem Wege sie auch erworben wurde, geknüpft sein. Die Vorschrift der Wanderjahre ist in unsern Tagen des Handwerkers unwürdig. Sie nöthigt ihn bisweilen mittellos in die Welt hinauszugehen und sich durch den Bettel das Leben zu fristen. Sie setzt ihn vielseitig einer sittlichen Verderbnis aus und zwingt ihn, jede Unbill und Erniedrigung als rechtloser Proletarier zu erdulden. Der nur in Deutschland übliche Zwang zur Wanderschaft wirkt aber um so verderblicher, als er noch außerdem auf eine unverantwortliche Weise gegen den jungen Handwerker gehandhabt wird. Indem man den reisenden Handwerker zwingt, sich in die Herberge zu begeben, nöthigt man ihn, sich der Rohheit und dem Schmutz in die Arme zu werfen. Und wenn überhaupt die Erziehung und die Erfahrung der Jugend auf das ganze menschliche Leben von unverwischbarem Einflusse sind, so muß in der rechtlosen Willkür, mit welcher nach dem alten Herkommen die Polizeibehörden überall gegen den reisenden Handwerker verfahren, in der Erniedrigung und Entbehrung, denen er Preis gegeben ist, eine Quelle der Verbitterung für das ganze Leben erkannt werden, eine der Ursachen, die ihn unfähig macht, den gesteigerten Anforderungen zu entsprechen, welche das Leben an die Gewandtheit und Umsicht des handwerktreibenden Bürgers heut zu Tage stellt.

Als Mittel, dem Handwerkerstande durch die Gesetzgebung fördernd und stützend entgegen zu kommen, führt der Verein folgende an: Es sollte der gesetzliche Grundsatz ausgesprochen werden, daß es jedem geprüften Gewerksmeister unbenommen ist, zu jedem mit seinem Gewerke in irgend einem näheren Zusammenhange stehenden andern Geschäftszweige unbehindert überzugehen oder dieselben mit einander zu verbinden; und es darf kein gesetzliches Hinderniß ihn von dem fabrikmäßigen Betriebe eines solchen Geschäfts abhalten. Nur wenn der Gewerksmann mehr und mehr die Vortheile der Theilung der Arbeit und der Anwendung der Maschinenkraft sich selbst aneignet, wird er ein genügendes und auf die Dauer gesichertes Auskommen finden. Ebenso sollte der gesetzliche Grundsatz ausgesprochen werden, daß jeder geprüfte Gewerksmeister mit den Rohmaterialien oder Gewerkszeugnissen, welche mit seinem Gewerksbetriebe im Zusammenhange stehen, ob er sie selbst verfertigt hat oder nicht, unbehindert Handel treiben dürfe. Nur dadurch kann verhütet werden, daß der Verdienst der Produktion größtentheils von dem Zwischenhandel absorbiert wird. Endlich sollte gesetzlich bestimmt werden, daß jede sich bildende und von den Behörden genehmigte Genossenschaft geprüfter Gewerksmeister auf Verlangen die Befugniß eines jeden Handelshauses oder Fabrikanten, und für die zum Verkauf bestimmten Waaren das Recht, dieselben als Faustpfänder zu behandeln, erlangen könne, so daß ein Dritter keine Vorzugsrechte auf solche Waaren geltend machen kann. Dies ist der einzige Weg, um durch das Gesetz der Bildung gemeinschaftlicher Verkaufshallen und solider Verbindungen der Gewerksmeister fördernd entgegen zu kommen. Hieraus ergeben sich leicht die allgemeinen Grundzüge, auf welchen die ersehnte allgemeine deutsche Gewerbeordnung zu beruhen hat. Wie sie auch ausfallen mag, sie wird unter allen Umständen das erste und heiligste Recht jedes Menschen, die Freiheit der Arbeit, wonach jeder unbehindert sich durch das, was er kann und erlernt hat, redlich muß ernähren können, zu wahren haben.

Endlich macht der Gewerbeverein auf ein allgemeines deutsches Gesetz über Ausförmigung und Heimathsrecht, auf Errichtung von guten Gewerkschulen, von Banken und Kreditanstalten für die Bedürfnisse des kleinern Gewerbebetriebes und

auf die nothwendige Verbesserung des Steuersystems aufmerksam und schließt den Aufruf mit folgender Ansprache:

»An euch, unsre werthen Berufsgegnossen, richten wir die Bitte, daß ihr diese Vorschläge aufmerksam prüfen und ihre Durchführung auf jede euch mögliche Weise unterstützen wollet. Was wir euch vorgeschlagen haben, ist geeignet, dem gesammten Gewerbebestande einen hohen Aufschwung zu geben; aber es ist auch von der Art, daß es den Beifall, die Zustimmung und die Unterstützung aller andern Stände, aller wohlbedenkenden Arbeiter, Fabrikanten, Handwerksleute und Staatsmänner finden kann. Alle unsre Vorschläge enthalten Nichts, was einem Versuche der Beeinträchtigung der Rechte Anderer ähnlich wäre; sie bezwecken nur den Schutz unsrer eignen Rechte. Es ist ein trauriger Irrthum, wenn einige von euch glauben, daß wir gegen den Einfluß des Kapitals auf die Industrie ankämpfen könnten und müßten; gerade umgekehrt, wir müssen uns mit demselben verbinden, wenn wir zum Ziel kommen wollen. Wo sich das Kapital mit dem Gewerbe verbindet, da wird das Gewerbe blühend und mächtig; und dagegen wollet ihr ankämpfen? Ihr wolltet dem Kapitale verbieten, die Gewerbe groß und kräftig zu machen? Entsagen wir solchen verkehrten Bestrebungen! Enthaltent wir uns, wir beschwören euch, unklarer und unausführbarer Wünsche; sie schaden unserm Kredit und unsrer Ehre, und sie würden uns selbst dann von nachtheiligen Folgen werden, wenn wir sie gleichwohl durchzusetzen vermöchten. Duldet nicht, wir beschwören euch, daß das hastige Verlangen nach Korporationsprivilegien unter euch den Sieg davon trage, daß ein leidenschaftlicher Egoismus gegen alle Segnungen wahrer und durch das Gesetz geordneter Freiheit der Arbeit blind mache. Ihr würdet es dahin bringen, daß man sagte: »da sieht man, daß der Gewerbebestand nicht berufen ist, seine eignen Angelegenheiten selbst zu verwalten, denn die ersten Versuche, die er macht, sind nicht sowohl darauf berechnet, die vorhandenen Schäden in seinem eignen Kreise zu heilen, als vielmehr die Rechte Anderer, die Rechte der Fabrikation, des Handels und der freien Arbeit überhaupt zu beeinträchtigen.« Wahrlich, viel ist schon geschehen in unsern Tagen, um die Gesellschaft zu solchen Urtheilen herauszufordern, aber noch hoffen wir, daß die Bessern unter uns sich emanzen und über verkehrte und irrige Bestrebungen auch in unsrer eignen Mitte den Sieg davon tragen werden«.

**Berlin, d. 9. März.** Sr. Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl von Hessen und bei Rhein, nebst Höchstseiner Gemahlin Königlich Hoheit, sind nach Darmstadt abgereist. — Sr. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Camphausen ist von Köln, und der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, von Bonin, von Magdeburg hier angekommen. — Sr. Excellenz der Erb-Ober-Land-Rundschenk im Herzogthum Schlesien, Graf Henkel von Donnermarkt ist nach Dresden von hier abgereist.

Der zum Lehrer an die staats- und landwirthschaftliche Akademie in Eldena berufene Dr. Julius Münter hier selbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Greifswald ernannt; und

Dem Ober-Lehrer und Subrektor am Gymnasium zu Torgau, Rothmann, das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Die französische Regierung macht Ernst damit, ihr Land nicht zum Sammelplatz aller propagandistischen Abenteuerer werden zu lassen. Mit dem 1. März sind alle Staats-Unterstützungen für Flüchtlinge eingestellt worden, und Jeder, der sich nicht selbst ernähren und darüber ausweisen kann, muß Frankreich verlassen. Hauptsächlich gegen die Polen und die deutschen Freischärler ist die Maßregel gerichtet. Die

Gensd'armen in Straßburg sind zu diesem Zwecke vermehrt worden. Schon sind eine Anzahl Polen, die nach Frankreich wollten, an der Gränze abgewiesen worden, die bei ihrer Rückkehr nach Heidelberg nicht die erwartete freundliche Aufnahme fanden. Solche Gäste hat man im Babilischen in großer Anzahl zu erwarten.

Auf den Antrag der Stettiner Kaufmannschaft hat das Handels-Ministerium genehmigt, daß das Dampfschiff „Elisabeth“ sofort dazu benützt werden soll, die von hier nach der Nordsee oder von dort nach der Ostsee segelnden preussischen Schiffe durch den Sund zu bugsilren. Wir können dieser Nachricht noch die Mittheilung hinzufügen, daß der Kapitain des genannten Dampfschiffs zugleich die Anweisung erhalten hat, Behufs Armirung desselben am 23. d. Mts. wieder nach Stettin zurückzukehren. (D. R.)

Aus dem Ministerium der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: „Es lag in der Absicht des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, die Berathung über die Reform der höheren Lehr-Anstalten noch vor der Eröffnung der Kammern stattfinden zu lassen. Da aber die den Lehrer-Kollegien überlassene Wahl der dazu einzuberufenden Direktoren und Lehrer in einigen der größeren Provinzen durch unvorhergesehene Umstände sehr verzögert und die Vollendung des letzten Wahl-Akts erst jetzt angezeigt worden ist, so hat die Erwägung, daß beim Schlusse des Schulkurses die Berufsthätigkeit der Direktoren und Lehrer besonders in Anspruch genommen wird, und die Berathung durch die Charwoche unterbrochen werden möchte, es nöthig gemacht, den Beginn der beratenden Versammlung auf den 16. April d. J. festzustellen. Es wird sodann dahin gestrebt werden, nicht nur das wichtige Werk in möglichst kurzer Frist zu vollenden, sondern auch das Unterrichtsgesetz, wie es verheißten worden, in allen seinen Theilen den gegenwärtig versammelten Kammern vorzulegen. (Pr. St. Anz.)

**Kiel**, d. 5. März. Trotz so mancher ungünstigen Gerüchte glaubt man hier doch nicht an einen schimpflichen Frieden, welcher Deutschlands Ehre compromittirte. Projecte aller Art tauchen natürlich auch auf, und schon wird die Ernennung eines Dictators besprochen. Das hier zu Lande sehr verbreitete Ichehoer Wochenblatt fordert geradezu zum Bruche der Personalunion auf, in Ausdrücken, die so scharf sind, daß wir sie hier nicht wiedergeben mögen. Daran zweifelt man nicht, daß irgend ein schlechter Friede, wenn die Centralgewalt ihn dictirt, freilich momentan angenommen wird, aber daß sehr bald der eben geslickte Bruch wieder ausbricht. (H. C.)

Daß die Kriegsrüstungen seit einiger Zeit mit vermehrter Thätigkeit stattfinden, ist bekannt. Man erwartet nach Einberufung der circa 3500 neu ausgehobenen Dienstpflichtigen die Bildung einer neuen Brigade und nennt als wahrscheinlichsten Chef derselben den Obersten Fabricius, welcher bekanntlich bald nach dem Treffen bei Schleswig aus dem activen Dienste trat. Die Marine, an deren Ausrüstung mit besonderm Eifer gearbeitet wird, hat jetzt ihren Centralpunkt in Kiel. Die vorhandene Flotille von Kanonenbooten, neben welcher zwei Dampfschiffe nächstens diensttuchtig sind, stellt in Verbindung mit den Landbatterien die hinreichende Vertheidigung unsers Hafens in sichere Aussicht. (A. M.)

**Schleswig**, d. 5. März. Im Kriegs-Ministerium wird mit großer Anstrengung gearbeitet; besonders erfreulich ist dabei der Eifer und die Hingebung für unsere Sache, die man sich von dem General Bonin erzählt. Es sind in diesen Tagen die Beurlaubten zum Heere zurückgekehrt und reihen sich freudig ein, um von neuem an der Vertheidigung des Vaterlandes Theil zu nehmen. Gestern, Sonntag, von früh bis

spät hörte man um die Stadt die Büchsen knallen; es waren die freiwilligen Schützen, die sich nun täglich im Scheibenschießen üben.

**Glückstadt**, d. 3. März. Das hier erbaute Kanonenboot ist am heutigen Tage vom Stapel gelaufen. Eine Probefahrt längs des Hafens rechtfertigte das Urtheil, daß das Schiff sich durch seine Schnelligkeit auszeichnet. Die Reichs-Marine-Kommission war beim Ablausen des Schiffes gegenwärtig und fuhr gleich nachher ohne den Admiral Rudriassky, der bereits abgereist war, nach Krautsand hinüber, um die für die Anlage einer Marine-Station in Betracht kommenden Lokalitäten einer Besichtigung zu unterziehen. In Apenrade ist am 27. Februar das dänische Kriegs-Dampfschiff „Hekla“ auf die Rhede gekommen, wo es wandte und dann wieder abfuhr.

**Frankfurt a. M.**, d. 5. März. Dänemark hat erklärt, daß es sich durch den Vertrag von Malmö nach Ablauf seiner Dauer, also vom 26. März an, nicht mehr gebunden erachte. Die Erklärung kam unerwartet; sie kam nach Berlin, wenige Augenblicke nach den Friedensworten des Königs an die Stände; sie kam nach London, als die Friedensverhandlungen eben begonnen hatten, als der ernstliche Wunsch der vermittelnden Macht, Englands, für die Verlängerung des Waffenstillstandes beiden Theilen kundgegeben war. Deutschland hatte die von Lord Palmerston vorgeschlagene Grundlage der Verhandlungen, die Unabhängigkeit Scyleswigs von Dänemark wie von Deutschland, angenommen; es hatte von seiner Seite die Fortdauer der Waffenruhe als natürliche Folge der eingeleiteten Unterhandlungen angesehen. Dänemark aber kündigt den Waffenstillstand und rüstet zu neuem Kriege. Wohl liest man in öffentlichen Blättern, es werde nicht zum Schlagen kommen; wohl äußert Dänemark in Berlin, es kündige die Waffenruhe im Interesse des Friedens; wohl spricht es in Frankfurt seine Anerkennung der versöhnlichen Gesinnung Deutschlands aus. Und hinter dieser Seltensamkeit lauert auch nur der Gedanke, vor Abschluß des Friedens einen andern als den gegenwärtigen Zustand in den Herzogthümern herbeizuführen, mittelst Friedenspräliminarien Schleswig einstweilen in die Hände zu bekommen. Dies kann Deutschland nicht zugeben; es kann nicht einwilligen, daß der Zustand, wie er durch den Vertrag von Malmö begründet worden, vor dem Frieden eine Aenderung, und zwar eine dem Rechte und den Interessen der Herzogthümer nachtheilige Aenderung erleide. Darum steht aber auch die Meinung, daß es nicht zum Schlagen kommen werde, auf schwachen Füßen, und wäre sie auch besser begründet, — Deutschland muß am 26. März zur Stelle sein, auf welche der Feind es entboten hat, Dänemark ist stärker gerüstet, als im vorigen Jahre, zu Land und zu Wasser. Es macht seine letzten Anstrengungen, es bietet seine letzte Kraft auf, und kann nicht weichen, ohne sie angewendet zu haben. Dem Ruhegebot Englands nicht zu folgen, wird den Dänen als kein besonders gefährliches Wagniß erscheinen; sie werden Gründe finden und Bundesgenossen, die sie unterstützen, und williges Gehör; denn man glaubt ihnen leicht, wenn sie sagen, daß sie nichts weiter verlangen, als eine Erleichterung des unerträglichen Druckes, unter welchem die treuen Nordschleswiger schmachten. Nur dann würden wir der Meinung, daß es die Dänen nicht auf einen Krieg ankommen lassen werden, Gewicht beilegen, wenn Deutschland einig wäre. Aber gerade unsere gegenwärtigen Zustände sind es, welche den Dänen die Zuversicht zum Kampfe, die Hoffnung des Sieges geben. Sie betrachten den Versuch, die Einheit Deutschlands zu begründen, als gescheitert, den Traum in Frankfurt als ausgeträumt. Das ruhige Hinnehmen der österreichischen Note vom 4. Februar ist ihnen ein Beweis der Ohnmacht der Reichsversammlung; die Beschlüsse über das Wahl-

gesetzt gelten ihnen als Zeichen, daß eine würdige und kräftige Gestaltung Deutschlands nicht mehr in Aussicht stehe. Daß die Dänen unsere Zustände so ansehen, wissen wir aus zuverlässigen Berichten. Daß sie sich täuschen, wird jeder Deutsche wünschen. Und diesen Wunsch zu verwirklichen, giebt es ein untrügliches Mittel. Entsagen wir allem kleinlichen Zwist und Haber. Einigen wir uns — Reichsversammlung und Regierungen — zur raschen Herstellung des deutschen Bundesstaates mit einer starken Reichsgewalt. Säumen wir vor allem nicht, freudig die Opfer zu bringen, welche unerlässlich sind, um am 26. März den Dänen in der Königsau entgegen zu treten. Wenn wir uns Achtung verdienen, dann werden wir Freunde und Friede gewinnen.

Ein Berichterstatter der „Dtsch.-Ztg.“ giebt folgende Mittheilung „von guter Hand“ über den Stand der dänischen Frage als Beitrag zur Beruhigung des Handelsstandes in den Ostseeprovinzen: „Den Bemühungen des engl. Kabinetts ist es gelungen, zwischen den Bevollmächtigten Deutschlands und Dänemarks eine Verständigung über die Grundlage des Friedensschlusses herbeizuführen. Als solche wird auf beiden Seiten die administrative Unabhängigkeit Schlesiens anerkannt. Eine der wesentlichsten noch streitigen Punkte dagegen ist die von der Centralgewalt bis jetzt kraftvoll festgehaltene Bedingung des Beitritts von Schleswig zum deutschen Zollverbande, welche von deutscher Seite als Ausfluß des Rechts der Herzogthümer auf unzertrennliche Vereinkung in Anspruch genommen wird, wogegen Dänemark sich weigert, eine Aenderung seiner Zolllinie eintreten zu lassen. Indes dürfte es gelingen, über dieses Hinderniß hinauszukommen. Sollten aber auch selbst bis zum 26. März die Unterhandlungen nicht schlussreif geworden sein, so ist dennoch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Waffen auf beiden Seiten ruhen bleiben, indem die Regierungen von England und Rußland zu verstehen gegeben haben, daß sie jedwede Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern wissen werden. Bei dem lebhaften Interesse, welches der britische Handel an der Aufrechthaltung des Friedens hat, war namentlich von Lord Palmerston eine derartige Erklärung zu erwarten, und soll dieselbe in ziemlich bestimmten Ausdrücken erfolgt sein.“

**Hannover**, d. 5. März, Abends. Nachdem die Entlassung der bisherigen Minister gestern vom Könige definitiv angenommen ist, hat heute der Abg. Lang I., welcher bekanntlich bei der Verhandlung über die Grundrechte den von zweiter Kammer zum Beschluß erhobenen Antrag gestellt hatte, die Auforderung erhalten, der Bildung eines neuen Ministeriums sich zu unterziehen und ein Programm für dasselbe vorzulegen. Dem Vernehmen nach hat Herr Lang sich seine Entschließung darüber bis morgen vorbehalten, und wahrscheinlich wird dieselbe von dem Resultate einer Besprechung mit seinen Freunden abhängen. (H. B. H.)

### Italien.

**Lombardei.** Eine Kundmachung Radeky's vom 28. Februar bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß der Feldmarschall zwei Militärcommissionen, die eine für die Lombardei und die andere für das Venetianische, zur gehörigen Vollziehung des alten Flüchtlings angedrohten Gütersequesters niedergesetzt habe. Wer irgendwie den Anordnungen dieser Commissionen störend in den Weg tritt, wird kriegsgerichtlich verurtheilt. Für Complicte gegen die Vollziehung des Sequesters werden die ganzen Gemeinden verantwortlich erklärt.

**Florenz**, d. 28. Februar. Der Genueser Handelscourier vom 2. März bestätigt, daß 6000 M. Oesterreicher (und Modeneser) gegen Toscana in Marsch sind, und erzählt, daß Guerazzi die sardinische Regierung um eine Vertheidigungsintervention gebeten habe.

Aus **Nom** vom 25. Febr. heißt es in der Deutschen Zeitung: Mit der bestimmten Nachricht, daß der Papst die Intervention von Oesterreich, Frankreich, Neapel und Spanien jetzt officiell nachgesucht, trifft hier die minder bestimmte Nachricht ein, daß der englische Gesandte in Neapel bereits gegen jede Intervention Protest eingelegt habe.

Die Gazzetta di Trieste bringt als neueste Nachricht, daß das neapolitanische Ministerium in Folge eines erhaltenen Mißtrauensvotums in der Deputirtenversammlung am 19. Febr. abgetreten sei.

### Frankreich.

**Paris**, d. 3. März. Wie man der „Karlstr. Zeitung“ von hier schreibt, ist die Wortbrüchigkeit Karl Alberts hauptsächlich daran schuld, daß der Großherzog von Toscana nun doch das toscanische Gebiet verlassen mußte, um sich nach Gaeta zurückzuziehen, wohin er sich denn am 21. Februar am Bord eines britischen Dampfers eingeschiffet hat. Als nach den Vorgängen vom 8. Februar der Großherzog von Toscana provisorisch seinen Sitz nach San Stefano verlegte, ließ ihm Karl Albert die bewaffnete Hilfe von 12,000 Piemontesen anbieten, die unter den Befehlen des Generals della Marmora in Sarzana bereit standen. Großherzog Leopold nahm das Anerbieten an, worauf der toscanische General Laugier die dem Großherzog treu gebliebenen Reste der Armee in Pietra Santa an sich zog, um die Regierung des Monarchen aufrecht zu erhalten. Bekanntlich liegt Pietra Santa dicht an der sardinischen Grenze, von wo General Laugier stündlich die versprochene Hilfe der Piemontesen erwartete. Als aber seine Soldaten anstatt der versprochenen Hilfe Sardiniens die Truppen der revolutionären Regierung von Florenz anlangen sahen, glaubten sie sich von General Laugier verrathen, und liefen auseinander. Letzterer mußte sich mit wenigen Getreuen auf das piemontesische Gebiet flüchten, um nicht in die Hände der Aufständischen zu fallen. In Folge der Niederlage des Generals Laugier stand zu befürchten, daß der Großherzog früher oder später in San Stefano von den Banden der Rebellen überfallen werden möchte. Der diplomatische Körper rieth also dem Großherzog, eine sichere Zufluchtsstätte im Ausland aufzusuchen, um so mehr, als durch eine von dem Großherzog an sämtliche Höfe Europas gerichtete Protestation gegen die neueste Staatsumwälzung in Toscana die Rechte des Monarchen gewahrt bleiben, wenn er auch zeitweilig seine Staaten verlassen zu müssen glaubt.

Aus **Malta** vom 25. Februar sind Depeschen nach London, angeblich von hoher Wichtigkeit, hier durchgegangen. Es heißt, die Pforte habe das russische Gesuch, eine Flotte durch die Dardanellen zu lassen, abgeschlagen. Titoff, der russische Gesandte, habe darauf erklärt, die russische Flotte werde den Durchgang erzwingen. Das diplomatische Corps entwickle eine große Thätigkeit und stimme dem Divan bei.

### Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 7. März.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Ant.	5	—	101	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	—	91 3/4
Et. Schuldsch.	3 1/2	80 1/8	79 5/8	R. = u. Nm do.	3 1/2	—	92 1/4
Eech. Pr. = Ech.	—	—	98 3/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar.	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Pr. Stadt-Dbl.	5	98 1/4	—	Pr. Bf. = A. = Ech.	—	88	87
do. do.	3 1/2	—	—				
Wspr. Pfndbr.	3 1/2	86 1/4	85 1/4	Friedrichsd'or	—	137 1/2	137 1/2
Groß. Pof. do.	4	—	96	And. Goldm. a	—	—	—
do. do.	3 1/2	81 1/2	81	5 pf	—	12 3/4	12 1/4
Dspr. Pfndbr.	3 1/2	—	90 1/2	Disconto	—	—	4 1/2

## Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4 74 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B.	Berl.-Anhalt	4 98 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
do. Hamb.	4 50 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> G.	do. Hambg.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 72 B. 91 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.
do. St.-Star.	4 87 B. 86 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B.	do. II. Serie	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 88 B.
do. Potsd.-M.	4 55 B.	do. Potsd.-M.	4 83 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.
Magd.-Hlft.	4 108 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.	do. do.	5 95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
do. Leipziger	4 —	do. Stettiner	5 102 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.
Halle = Thür.	4 49 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	Magd. = Leipz.	4 —
Cöln = Mind.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 78 G.	Halle = Thür.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 85 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B. u. B.
do. Aachen	4 49 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	Cöln = Mind.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 93 B.
Bonn = Cöln	5 102 G.	Rh.v. St. gar.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —
Düsseld.-Elf.	4 —	d. I. Priorität	4 —
Steel. Bohm.	4 36 B.	do. St. = Pr.	4 —
Nschl. = Märk.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 71 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B. u. B.	Düsseld.-Elf.	4 —
do. Zweigbhn.	4 —	Nschl. = Märk.	4 85 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
Dbschl. L. A.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 92 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B. 91 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.	do. do.	5 98 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B.
do. Lit. B.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 92 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B. 91 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.	do. III. Serie	5 94 B.
Cofel.-Dverb.	4 —	do. Zwiggbhn.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —
Bresl. Freib.	4 101 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> G.	do. do.	5 80 B.
Krak.-Dbschl.	4 38 B.	Dberschl.	4 —
Berg. = Märk.	4 55 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	Krat.-Dbschl.	4 71 B.
Strag. = Pof.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 70 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> G. 1/2 B.	Cofel.-Dverb.	5 95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.
Brieg.-Meisse	4 —	Steel. = Bohm.	5 87 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
Magd. = Wittb.	4 —	do. II. Serie	4 —
Quitt. = B.	—	Bresl. = Freib.	—
Kach. = Mastr.	4 —	Ausländische Stamm-Actien.	—
Musl. Qb.	—	Leipz. = Dresd.	4 —
Pesth. 26 Fl.	4 —	Ludw. = Verb.	4 —
Fr. = B. = Ndb.	4 36 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> à 2/8 B.	24 Fl.	4 —
		Kiel-Alt. Sp.	4 86 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
		Amst. = R. Fl.	4 —
		Mdtb. Lhr.	4 33 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B.

Leipzig, den 8. März.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3 % im 14. J. F. von 1000 u. 500 f. kleinere	79 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	—	Chemn. R. = Eisenb. = Ant. à 10 % 4 %	—	—
à 4 % do. do. v. 500 f. do. do. v. 500 u. 200 à 5 %	88 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	K. pr. St. = Schuldscheine à 3 1/2 % in pr. St. pr. 100	—	—
do. do. kleinere	101 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	K. f. österreich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 % im à 3 % 14. J. F.	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 1/2 % im 14. J. F. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	83 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Pr. Fied'or à 5 % idem auf 100	—	—
Kr. d. eh. sächs. baier. G. = bis Mich 1855 à 4 % später à 3 % v. 100 f.	78 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	id. ausl. Foud'or à 5 % nach geringem Ausmünzfuß auf 100	—	12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Königl. pr. Steuer-Credit-Kassensch. à 3 % im 20. J. F. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	79	Conv. = Spec. u. Gld. auf 100	—	—
Leipz. Stadt-Obligationen à 3 % im 14. J. F. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	89 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	idem 10 u. 20 Rr. auf 100	—	2 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Sächs. erbl. Pfandbriefe à 3 1/2 % von 500	—	82 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Actien der B. B. pr. St. à 103 %	—	—
von 100 u. 25	—	—	Leipz. Bank = Actien à 250 f. pr. 100	—	142
Sächs. lauf. Pfandbriefe à 3 %	78	—	Spz. = Dresd. Eisenbahn-Act. à 100 f. pr. 400	96 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	—
Sächs. do. do. à 3 1/4 %	—	—	Sächs. = Schles. do. pr. 100	71	—
do. do. à 4 %	—	—	Chemn. = Ries. do. pr. 100	22	—
Spz. = Dresd. = Eisenb. P. = Obl. à 3 1/2 %	—	89 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Röbau = Bitt. do. pr. 100	15 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
		93	Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	167	—

## Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)

Halle, den 8. März.

Weizen	1 f 25 Jg	—	bis 2 f 2 Jg	6 2
Roggen	—	26 f	3	28 f 9
Gerste	—	25 f	—	27 f 6
Hafer	—	15 f	—	17 f 6

Magdeburg, den 8. März. (Nach Wispehn.)

Weizen	46	—	52 f	Gerste	21	—	23 f
Roggen	26	—	28 f	Hafer	14	—	16 f

Berlin, den 8. März.

Weizen nach Qualität	54—58 f.
Roggen loco	25—26 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f.
pr. Frühjahr 82pf.	24 f Br., 23 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> verk.
Mai/Juni	25 f Br., 24 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.
Juni/Juli	26 f Br., 25 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.
Juli/August	26 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f Br., 26 G.
Gerste, große, loco	23—25 f.
kleine	19—21 f.
Hafer loco nach Qualität	14—15 f.
pr. Frühjahr 48pf.	13 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> f Br.
Müßel loco	13 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f Br., 13 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
pr. März do.	—
März/April	13 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f B. u. Br., 13 <sup>5</sup> / <sub>12</sub> G.
April/Mai	13 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f Br., 13 <sup>5</sup> / <sub>12</sub> G.
Mai/Juni	13 <sup>5</sup> / <sub>12</sub> f Br., 13 <sup>5</sup> / <sub>12</sub> G.
Juni/Juli do.	—
Juli/August	13 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> f B. u. Br., 13 <sup>1</sup> / <sub>8</sub> G.
Aug./Sept.	13 <sup>1</sup> / <sub>12</sub> f Br., 13 B. u. G.
Sept./Oct.	12 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> f B. u. Br., 12 <sup>3</sup> / <sub>8</sub> G.
Feinöl loco	11 f Br.
Lieferung pr. April/Mai	10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f Br.
Spiritus loco ohne Faß	15 f verk. u. Br.
März do.	—
April/Mai	15 <sup>1</sup> / <sub>8</sub> f Br., 1 <sup>1</sup> / <sub>12</sub> B., 15 G.
Mai/Juni	15 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> f B. u. Br., 15 <sup>1</sup> / <sub>8</sub> G.
Juni/Juli	16 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> f Br., 16 B. u. G.

## Wasserstand der Saale bei Halle

am 8. März Abends 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 5 Zoll.

am 9. März Morgens 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 4 Zoll.

## Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 8. März Nr. 3 und 3 Zoll.

## Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 8. bis 9. März.

- Im Kronprinzen:** Hr. Gen. = Major v. Cölln u. Hr. Prem. = Lieut. v. Glümer a. Magdeburg. Fräul. Meyer, Sängerin, u. Hr. Kaufm. Seyffert a. Leipzig. Hr. Intendanturrath Kroll a. Magdeburg. Hr. Landrath Graf v. Stollberg a. Freienwalde. Die Hrrn. Kaufm. Wiedkind a. Magdeburg, Eichler u. Streiber a. Eisenach.
- Stadt Zürich:** Hr. Privatm. Lutterot a. Berlin. Die Hrrn. Kaufm. Heinjus a. Gotha, Feist a. Cöln, Jacoby a. Berlin, Erbs a. Hannover, Schreiber u. Sasse a. Merseburg.
- Goldener Ring:** Hr. Mühlentbes. Häusler a. Bitterfeld. Hr. Gutsbes. Schramm a. Rothenbach. Die Hrrn. Kaufm. Osterloh a. Magdeburg, Werneck u. Hr. Stad. Thomas a. Leipzig.
- Englischer Hof:** Hr. Apoth. Müller a. Bernburg. Die Hrrn. Kaufm. Reinhard a. Magdeburg, Schröder a. Cöln. Hr. Mechan. Zenker a. Berlin. Hr. Fabrik. Böhme a. Freiberg.
- Goldener Löwe:** Hr. Notar Langenmayer a. Posen. Die Hrrn. Kaufm. Glitz a. Wittenberg, Stein a. Köthen, Werner a. Leipzig, Schulz a. Aachen. Hr. Prediger Richter a. Würzburg. Hr. Lehrer Stöber a. Heiligenstadt.
- Stadt Hamburg:** Die Hrrn. Kaufm. Kaulrausch a. München, Dohmar a. Augsburg. Hr. Gutsbes. Klobe a. Magdeburg. Hr. Dts. Rath Starke a. Königsberg. Hr. Fabrik. Hamm a. Rügen.
- Schwarzer Bär:** Die Hrrn. Kaufm. Kleckamm a. Weissenborn, Schwabe a. Rudolfsbad. Hr. Sekr. Berger a. Magdeburg. Hr. Kunsthdler. Pöglar a. Berlin.
- Goldene Krugel:** Hr. Seifenfieder Eberhard a. Coburg. Hr. Kaufm. Kraft a. Gräfinau. Mad. Sander a. Cottbus. Mad. Schönfeld a. Herzberg.
- Zur Eisenbahn:** Hr. Kaufm. Müller a. Dresden. Hr. Fabrik. Sattler a. Chemnitz. Hr. Defon. Krone a. Leipzig. Hr. Banquier Setztow a. Bielefeld. Hr. Maler Riegmann a. Wien.

### Bekanntmachungen.

Das Schöfste des den Gottfried Thieme'schen Erben zu Gerbisdorf gehörigen Gutes mit Garten und einem Stückchen Feld soll in dem auf den 29. März dieses Jahres Vormittags 9 Uhr im Gute angesetzt Termine meistbietend verpachtet werden.

Delitzsch, den 6. März 1849.  
**Königl. Preuß. Land- u. Stadt-Gericht.**  
 II. Bezirk.  
 Zeitz.

### — Holz-Auction. —

Auf künftigen  
 14. März d. J. von früh 8 Uhr an sollen in dem zum Rittergute Sect. Ulrich gehörigen Forste (Kuhholz) eine beträchtliche Anzahl Eichen, größtentheils Kuhholz auf dem Stamme, unter dem im Termin näher bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend versteigert werden.

Sect. Micheln, am 3. März 1849.  
 Der Förster  
 Frißsch.

Es wird zu Ostern d. J. auf ein Rittergut gegen ein angemessenes Kostgeld ein Lehrling von guter Erziehung gesucht. Nähere Auskunft darüber ertheilt

**Hermann Jachnert,**  
 Gebr. Geisler Nachfolger  
 in Raumburg a. S.

Allen Reisenden, die **Hamburg** besuchen, empfehle ich meinen, in der schönsten Gegend der Stadt, am Jungferstiege, unter Streits Hotel belegenen **Außern-, Frühstücks- und Delikatessen-Keller**, indem stets mit der größten Auswahl kalter und warmer Küche, und stets frischen Austern von vorzüglicher Güte aufwarten kann

**J. J. Hemmerling** Wittwe,  
 alter Jungferstiege,  
 unter Streits Hotel.

Fünfundzwanzig Wispel gute Kartoffeln zu Saamen sind auf dem Rittergute Benkendorf zu verkaufen.

Für eine Material- und Tabackshandlung in der Nähe von Halle wird unter billigen Bedingungen ein Lehrling sofort oder zu Ostern gesucht. Das Nähere in der Expedition des Couriers.

Sonntag **Concert** in der **Weintraube.** Stadtmusikcor.

**Entgegnung.** Der Courier Nr. 55, Mittwoch den 7. März 1849, giebt unter Halle, den 6. März, eine Darlegung der Ansprüche des Handwerkerstandes. Es könnte uns gewiß sehr werth sein, wenn unsere Angelegenheiten einer detar-tigen Abhandlung unterworfen würden, doch werden wir zu einer unparteilichen Beurtheilung es für durchaus nothwendig erachten, daß alle Thatsachen wahrheitsgetreu angegeben sind.

Statt dessen hat der gefällige Verfasser d. U. durch ein Durcheinanderwerfen von Unwahrheiten und Verkehren des Wahren sich bestrebt, die Ansprüche des Handwerkerstandes ins Lächerliche zu ziehen.

Wir halten es hier nicht für nöthig, uns über die Ansprüche, welche der Handwerker in fortschreitender Entwicklung an jetzige Zeit stellt, näher auszulassen und wollen nur bemerken, daß uns nicht in den Sinn kommen kann, die alten Zünfte wieder einzurichten.

Wir möchten bitten, daß spätere Beurtheiler dieses Gegenstandes nicht bloß eingebil-dete Kenntnisse aus Büchern, sondern wirkliche aus dem Leben beurfunden.\*)

Halle, den 8. März 1849.

**Der Gesammt-Handwerker-Verein.**  
 Hecker. Schröter. Stengel.

\*) Mit Bezug auf diese Bitte der obigen Herren verweist der Verfasser des angegriffenen Artikels auf den heutigen Aufsatz des aus Handwerkern und Fabrikanten bestehenden Gewerbevereins in Mannheim, dessen Aufruf in allen Hauptpunkten mit dem angegriffenen Aufsatz vollkommen übereinstimmt. Die geehrten Herren haben also einen Beurtheiler, wie sie ihn wünschten, gefunden, nur schade, daß auch diese Sachverständigen anderer Ansicht sind, als die drei Obigen sich einbilden oder erwarten.  
 Der Verfasser des fraglichen Aufsatzes.

### Auction.

Dienstag, den 13. d. M., Nachmittags 2 Uhr wird in dem Meckel'schen Hause hier am gr. Berlin Nr. 433 der Mobilienachlaß der Wittve Schulze, und Mittwoch, den 14. d., Nachm. 2 Uhr, der Nachlaß der Handarbeiter Schulze'schen Eheleute in dem Hause hier am Steg Nr. 1764, bestehend in Meubles, Haus- und Küchengeräthe, Kleidungsstücken, Betten, Wäsche u. a. Sachen, gerichtlich ver-auctionirt werden.

Graewen, Auct.: C.

**Dietrich, Bandagist, Leipzigerstraße,** empfiehlt Bandagen jeder Art.

Morgen letzter **Abonn.-Ball** im **Schießgraben zu Neumarkt.**

**Stadt-Theater in Halle.**  
 Sonntag den 11. M. März: Auf vielseitiges Verlangen: **Alessandro Stra-bella**, femische Oper in 3 Akten mit Tanz von W. Flotow.  
 \* \* Leonore, Fräulein Röhr als Gast.

### Familien-Nachrichten.

#### Entbindungs-Anzeige.

Heute Abend 8 Uhr wurde meine liebe Frau von einem muntern Mädchen glücklich entbunden.

Halle, den 8. März 1849.  
 U. Wiedemann.

### Todes-Anzeige.

Am 25. Febr. starb ein Opfer des Nervenfiebers Traugott Kretschmar in einem Alter von 45 Jahren, erster Wachtmeister in der 8. Gensd'armerie-Brigade zu Köln.

Dies macht der Bruder, zugleich im Namen der tiefgebeugten Wittve und der vier Waisen des geliebten Todten, Verwandten und Allen, die ihm nahe standen, besonders seinen alten treuen Kameraden im 3. Husarenregimente nur auf diesem Wege bekannt.

Bewahren Sie auch über das Grab hinaus das Andenken des Verewigten und theilen Sie den Schmerz der trauernden Seinen durch stille Theilnahme. Dies unsre freundliche Bitte.

Domniksch.

Adolph Kretschmar.

Für die bei dem Begräbniß unsers guten seligen Vaters, des Pastors zu Oberthau Herrn Gottlob Benjamin Blandmeister uns geschenkte Theilnahme, wie sie in der so zahlreichen Begleitung, in den tröstlichen Worten einzelner der Herren Geistlichen, in den erhebenden Gesängen der Herren Lehrer der Ephorie und der Herren Mitglieder des Gesangvereins aus Eckenditz sich kundgab, sprechen ihren tiefgefühltesten Dank hiermit aus

Oberthau, den 6. März 1849.  
 die Hinterlassenen.



Deutschland.

Berlin, d. 8. März. Den Kammern ist folgende Denkschrift über den berliner Belagerungs-Zustand mitgetheilt worden:

Durch den Artikel 110 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J., welcher bis zum Erlaß eines besonderen Gesetzes über den Belagerungs-Zustand die Gültigkeit der in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften bestätigt, ist die Staats-Regierung ermächtigt worden, für den Fall eines Krieges oder Aufstands diejenigen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zeit- oder distriktsweise außer Kraft zu setzen, welche

- 1) die Bedingungen und Formen enthalten, unter denen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Briefen und Papieren zulässig sind (Gesetz Art. 5 und 6);
- 2) die Ausnahmegesetze für unzulässig erklären (Art. 7);
- 3) die Pressefreiheit, das Versammlungs- und Vereinigungs-Recht gewährleisten (Art. 25 bis 28).

Die bestehenden Vorschriften über den Belagerungs-Zustand finden sich im §. 9 der Einleitung zum Strafgesetzbuch für das preussische Heer, ferner im §. 18 der Militär-Strafgerichts-Ordnung und endlich im §. 8 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. September v. Jahres. Nach dem Wortlaute dieser Gesetze und da eine zeit- und distriktsweise Suspendirung der §§. 1 und 6 des letztgenannten derselben niemals stattgefunden hat, befindet sich das Staats-Ministerium auf dem Boden des positiven Rechts, wenn dasselbe aus gewichtigen Ursachen über die Stadt Berlin und deren Weichbild den Belagerungs-Zustand verhängt hat und noch fortdauern läßt. Es ist sich der Verantwortlichkeit dieser außerordentlichen Maßregel bewußt; eine Verantwortlichkeit, die nicht bloß dem Volke und seinen Vertretern gegenüber eintritt, sondern mit demselben Gewichte der unparteiischen Geschichte gegenüber besteht.

Das Staats-Ministerium, weit entfernt, die Prüfung seiner Handlungsweise durch die jetzt versammelten Kammern zu scheuen, heißt die Gelegenheit willkommen, denselben die Beweggründe offen darzulegen, welche bei dieser Maßregel leitend gewesen sind.

Das Jahr 1848 mit seinen gewichtigen Ereignissen und gewaltigen Erschütterungen hat einen großen Theil der europäischen Völker zu einem neuen Leben der Freiheit erweckt, zugleich aber eine Bewegung hervorgerufen, welche die natürlichen Entwicklungstufen zu überspringen und damit den Boden eines gesicherten und besonnenen Fortschritts zu zerstören bestrahlt ist. Eine mächtige Anregung ist gegeben, mit Ungestüm zu fordern, zu handeln und sich nach allen Seiten hin rücksichtslos zu entwickeln. Eine besonnene Regierung kann vor dieser Thatsache nicht erschrecken, sie wird diese inhaltreichen Elemente nicht unterdrücken wollen; aber sie muß sie zum Heil des Ganzen und zum Schutze der Gesamtheit zusammenhalten und regeln, damit sie nicht ungerichtet die Civilisation gefährden und über die Völker Schmach und Elend bringen. Diese Bewegung zu begränzen und die jugendliche Freiheit vor Mißbrauch zu schützen, ist die Aufgabe der Gesetzgebung.

Unsere für ganz andere Zustände gegebenen älteren Gesetze mit den Abänderungen, welche sie im Laufe des vorigen Jahres erfahren haben, erfüllen diese Aufgabe aber so wenig, daß jene Bewegung alle Gränzen ihres eigenen Lebensgesetzes überschreiten, jede zügelnde und ordnende Autorität im Staate vernichten, viele durch Gesetz und Sitte geheiligte Lebens-Verhältnisse dem Umsturze zuführen und die sittliche Errungenschaft vieler Jahrhunderte ernstlich bedrohen konnte. Vorzugsweise in der Hauptstadt des Landes hat sich diese Gefahr durch Thatsachen grell herausgestellt, welche bei der Bedeutung Preußens nicht ohne den wesentlichsten Einfluß auf ganz Deutschland bleiben konnten.

Die Regierung hatte eine Zeit lang die Rückkehr der Mäßigung und mit ihr die Beschwichtigung der krankhaften Aufregung erwartet; aber Ereignisse der ernstesten Art haben alle besonnenen Freunde des Vaterlandes überzeugen müssen, daß ein Theil des Volkes auf einen Abweg gerathen war, dessen vernichtendes Ziel nur durch eine starke Hand, nur durch einen entschiedenen Akt der Selbsterhaltung fern zu halten war.

Um diese Ueberzeugung zu rechtfertigen, ist man genöthigt, die rasche Folge und den inneren Zusammenhang jener Vorfälle sich zu vergegenwärtigen, welche damals jedes Gemüth mit schwerer Sorge für die Zukunft erfüllten.

Die Reihenfolge der Staats-Umwälzungen in den mitteleuropäischen Staaten, womit das vergangene Frühjahr begann, hatte eine tiefe und nachhaltige Erschütterung des materiellen Wohlstandes zur natürlichen Folge; die Quellen des Handels und der Industrie fingen an zu versiegen; der Kredit war gelähmt, und mit der Verminderung des Abfahrses verlor ein großer Theil des zahlreichen Arbeiterstandes seine lohnende Beschäftigung. Die hieraus entspringende Spannung und Muthlosigkeit machte damals die berliner Bevölkerung vorzugsweise

empfindlich für die Einwirkung derjenigen von zahlreichen Emigranten angeregten Partei, welche die gesetzliche Ordnung nicht als Bedingung der Freiheit betrachtet und in dem Umsturze der Monarchie das Mittel erkennt, die bestehenden Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft aufzulösen und zu zerstören. Rücksichtslos und geschickte Demagogen fanden deshalb hier bald ein ergiebiges Feld für ihre Lehre. Die Freiheit der Volks-Versammlungen und des Vereinsrechtes, die Presse und die Volksbewaffnung wurden mit unglaublichem Erfolge dazu mißbraucht, um jedes Ansehen des Gesetzes und alle Gewalten im Staate zu vernichten. Im Namen einer den leicht getäuschten Massen vorgepiegelten Volks-Souveränität wurde ein umfassender Widerstand gegen die Thätigkeit der gesetzlichen Behörden organisiert. Die Diener der vollziehenden Gewalt durften kaum öffentlich erscheinen und Handlungen ihres Berufs vornehmen, ohne verhöhnt und mißhandelt zu werden; überall erwachten, namentlich unter den Handwerks-Gehülfen und Arbeitern, zum Theil ganz ungehörige Forderungen auf schleunige und durchgreifende Verbesserung ihrer Lage, Forderungen, welche die tiefe Bedeutung der sozialen Frage verkannten und dem natürlichen Verhältnisse zwischen Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer widersprachen. Die Ansprüche auf bleibende Arbeitsgewähr, auf unverhältnismäßige Lohnerhöhung, wurden selbst bei den höchsten Staats-Behörden unmittelbar geltend gemacht und durch eine Begleitung von mehreren Tausenden mit Ungestüm unterstützt. Aber diese Sturm-Petitionen beschränkten sich nicht auf Gegenstände des materiellen Bedarfs, es war Sitte geworden, den Volks-Versammlungen und Klubs einen Antheil an der Landes-Verwaltung zuzuschreiben, und so haben es die Behörden und die Bevölkerung von Berlin erleben müssen, daß große Volksmassen von den Ministern und Staatsbehörden die Niederlegung ihrer Aemter, die Abänderung bestehender Gesetze und ähnliche unerfüllbare, einer Volksversammlung nimmermehr zustehende Forderungen auf dem Wege der gewalthätigen Einschüchterung durchzusetzen gesucht haben.

An diese zum Theil völlig straflos gebliebenen Versuche schließt sich eine Reihe von Begebenheiten, welche alle Bande der gesetzlichen Ordnung auflösten, und den Beweis lieferten, daß die Anarchie ihre Organisation in der Hauptstadt gefunden hatte. Wie gegen das Gesetz und gegen die vom Könige eingesetzten Behörden, so war auch gegen das Ansehen und die Wirksamkeit der Volksvertreter der Krieg eröffnet. Minister und Abgeordnete, welche mißliebige waren, wurden auf offener Straße mißhandelt. Das Gift der Verleumdung und Entsittlichung wurde durch zahllose Maueranschläge, durch Flugblätter, hochverrätherische Reden und Bilder verbreitet; durch Erdrückungen und falsche Beschuldigungen gegen die gesetzlichen Autoritäten wurden die Massen aufgestachelt zum Haß gegen Alles, was noch Bestand hatte im Besitze oder der Meinung des Volkes. Dieser Haß hat sich entladen in empörenden Frevelthaten: Die Sitterthore des königlichen Schlosses wurden geraubt und in den Fluß geworfen, das Zeughaus wurde erstürmt, die Trophäen des preussischen Ruhms wurden zerstört und die Wafenvorräthe geplündert, die Wohnung des Ministers des Innern wurde erbrochen und durchsucht; die Häuser des Minister-Präsidenten und des Justiz-Ministers wurden angegriffen und zum Theil demolirt. Ein aufrührerischer Arbeiterhaufen zerstörte kostbare Arbeitsmaschinen, und als die Bürgerwehr der Wiederholung solcher Erzeße vorbeugen wollte, wurde ihr unter dem Banner der rothen Republik durch einen blutigen Straßenkampf geantwortet. Zum Beweise aber, daß die ewige Kluft zwischen Recht und Unrecht nicht mehr erkannt ward, und daß der verführte Volkshaufen nicht mehr verstand, den Helden vom Mörder zu unterscheiden, wurden die im Kampfe gegen die Bürgerwehr gefallenen Arbeiter, dem obrigkeitlichen Verbot zuwider, wie Männer beerdigt, die das Vaterland gerettet hatten. Die Freiheit der Rede und der Presse bestand nicht mehr für die Vertheidiger der Ordnung und des Gesetzes; die Partei des absoluten Umsturzes beherrschte die Presse, sie richtete ihre ziellosen Angriffe auch gegen die National-Versammlung, und es gelang ihr bald genug, die Freiheit der Berathungen durch rohe Gewaltthat aufzuheben.

Die Abgeordneten der Einen Seite des Hauses wurden bedroht, verfolgt und mißhandelt, und die denkwürdige Abend-Sitzung des 31. Octobers führte zu jener schmachvollen Umlagerung der gewählten Vertreter des Volkes durch mordbrennerische Pöbelmassen. Während dieser Terrorismus viele Tausende wohlhabender Einwohner zur Flucht trieb, während er allen Gewerfleiß und jede nützliche bürgerliche Thätigkeit unterdrückte, während die Bevölkerung der Hauptstadt nach dem Beispiele der Bürgerwehr sich in zwei feindliche Lager spaltete, in das entmuthigte der Freunde der Ordnung und in das verwegene ihrer Gegner, stellte der demokratische Kongreß, der hier seine Sitzungen hielt, eine ungeheure Steigerung der Frechheit und Anarchie in Aussicht, indem er die Proklamirung der demokratischen Republik als sein unverrückbares Ziel offen verkündete.

Wahrlich! nur ein verschlossenes Auge konnte verkennen, daß dieses Ziel nahe bevorstand und daß solchen Gefahren durch entschiedenes und

kräftiges Handeln entgegengetreten werden mußte. Die Bürgerwehr hatte den bestehenden Autoritäten theils ihren Dienst versagt, theils offenen Widerstand geleistet.

Es blieb daher, um Gesetz und Ordnung zu retten, nur die Anwendung militärischer Kräfte übrig, und um dabei einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden, war die Erklärung des Belagerungs-Zustandes nothwendig. Der Erfolg hat diesen Schritt gerechtfertigt; denn nach Proklamirung der diesfälligen Verordnung sind, ohne daß Bürgerblut geflossen, Ruhe und Vertrauen zurückgekehrt, der Gewerbsfleiß hat sich gehoben, das Ansehen des Gesetzes und der vollziehenden Macht sind gestärkt; den Frevler trifft wieder die gerechte Strafe, und der friedliche Bürger lebt wieder im beschützten Genuße seines Besitzes und seiner Freiheiten.

Das Staats-Ministerium hat die Stimmen nicht überhört, welche den Zweck des Belagerungs-Zustandes für erfüllt und die Aufhebung desselben für zeitgemäß halten. Es hat, eingedenk der Verpflichtung, die Dauer dieser Maßregel nicht über die äußerste Nothwendigkeit zu verlängern, stets von neuem mit Gewissenhaftigkeit sich die Frage vorgelegt, ob und inwieweit der öffentliche Zustand die Aufhebung gestatte; aber, obwohl jede mögliche Milderung eingetreten ist, so verbieten es doch Gründe der gewichtigsten Art, schon jetzt der Bevölkerung der Hauptstadt den Schutz gegen die Wiederholung der anarchischen Zustände ganz zu entziehen, welche durch eine achimonatliche Dauer nur zu tiefe Wurzeln geschlagen haben. Erst wenn ein solcher Schutz durch entsprechende Gesetze erzielt oder durch die Stimmung der Bevölkerung gewährleistet ist, kann die Beseitigung eines Ausnahme-Zustandes gerechtfertigt erscheinen, welcher einstweilen das einzige Mittel bleibt, der wuchernden Unordnung Halt zu gebieten. Leider treten die Merkmale noch nicht wiedergekehrter Besonnenheit nur zu deutlich hervor. Dem Verbote entgegen, haben die politischen Vereine der gefährlichsten Färbung nicht aufgehört, als solche ihre Wirksamkeit zu äußern und einzelne Schichten der Bevölkerung in einer Spannung zu erhalten, welche sich bei jeder irgend dargebotenen Gelegenheit, selbst jetzt, in offener Widersetzlichkeit Luft zu machen suchen. Ja, es liegen dem Staats-Ministerium Thatfachen der bedrohlichsten Art vor, welche gegenwärtig, theils weil sie Gegenstand gerichtlicher Untersuchung sind, theils weil Rücksichten des Staatswohls entgegenstehen, noch nicht veröffentlicht werden können. Nur so viel mag angebeurt werden, daß zuverlässiger Nachricht zufolge die Fäden der Partei-Bestrebungen, welche dem Bestand der Monarchie Gefahr drohen, in Berlin zusammenlaufen. Entsefelt man sie hier, bevor die öffentliche Ordnung ausreichende Garantien erhalten hat, so entwaffnet man die Regierung gegen die Feinde der Gesellschaft, so willigt man in Wiederkehr der trostlosen Zustände des vorwährenden Jahres und giebt die Mitglieder der Kammern und ihre Beratungen den Unbilden preis, welche die National-Versammlung im vorigen Jahre zu bestehen hatte.

In richtiger Schätzung dieser Gefahren sind dem Staats-Ministerium aus der Hauptstadt selbst, wie aus vielen anderen Theilen des Landes, zahlreiche Eingaben zugegangen, worin die Fortdauer des Belagerungs-Zustandes dringend befürwortet wird. Es wird darin an die traurige Erfahrung erinnert, daß jede politische Bewegung, jeder Aufruhr des Auslandes alsbald Wiederhall und Nachahmung in Berlin finden; es wird darin durch wohlunterrichtete Männer darauf hingewiesen, daß die Brennpunkte einer weit bis ins Ausland verzweigten Conspiration mit Berlin durch Eisenbahnen zusammenhängen, und daß die zum äußersten entschlossenen Führer dieser Bewegung nur die Aufhebung des Belagerungs-Zustandes erwarten, um ihre scheinbare Ruhe mit einer unheilvollen Thätigkeit zu vertauschen.

Diese Erwägungen sind es, auf welchen die pflichtmäßige Ueberzeugung des Staats-Ministeriums beruht, daß es sich für jetzt und bevor die heute eingebrachten Gesetze verkündet sein werden, durch Beendigung des Belagerungs-Zustandes von dem Gewicht einer Verantwortlichkeit nicht befreien darf, die um so fühlbarer und lästiger ist, je weniger die Umstände gestatten, das ganze Gewebe der feindlichen Bestrebungen zu veröffentlichen und die Größe der durch die wachsenden politischen Verwicklungen des Auslandes gesteigerten Gefahren zu enthüllen.

Das Staats-Ministerium glaubt sich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Kammern den Gründen, aus welchen die einstweilige Fortdauer des Belagerungs-Zustandes noch für nöthig erachtet wird, ihre Anerkennung nicht versagen werden.

Außer in der Hauptstadt besteht der Belagerungs-Zustand noch in Erfurt und Posen. In diesen beiden Festungen erheischen sowohl militärische Gründe, als die Rücksicht auf die Sicherheit der Einwohner die Verhängung dieser außerordentlichen Maßregel, welche, bei der Fortdauer der Motive, leider noch nicht hat beseitigt werden können.

Endlich hat noch ein Distrikt in Oberschlesien, in den Kreisen Kreuzburg und Rosenburg, um deshalb dem Belagerungs-Zustande unterworfen werden müssen, weil dort ein Theil der Bevölkerung, aufgeregt durch verderbliche Irthümen, sich zu offenem mörderischen Widerstand gegen die gesetzlichen Behörden und zu Erzessen hat verleiten lassen, vor denen das

menschliche Gefühl zurückbebt und welche nur zu deutlich beweisen, daß die bürgerliche Ordnung in ihren Grundvesten erschüttert ist.

Berlin, den 8. März 1849.

Das Staats-Ministerium.

**Berlin, d. 8. März.** In der Parteiversammlung der Rechten in der Stadt London wird die Adressfrage bereits ernstlich in Betracht gezogen. Der Inhalt der Adresse in Bezug auf die inneren Angelegenheiten ist nicht mehr zweifelhaft und entspricht dem politischen Standpunkte der Rechten. Sie wird vor allem der Regierung ihre dankbare Anerkennung für die durch die Verfassung vom 5. December bewirkte Wiederherstellung des öffentlichen Rechtszustandes darbringen. Sie will aber in Ansehung der deutschen Angelegenheiten sich nicht so unentschieden verhalten, als die erste Kammer gethan, sondern einen bestimmten und zwar dem Gange der jetzigen Vorberatungen noch wahrscheinlich folgenden Grundsatz aufstellen. Es sei unbedenklich am meisten ein Bundesstaat zu wünschen, welcher durch Verständigung aller Regierungen zu Stande komme; es sei aber für jetzt allein erreichbar und deshalb allein erstrebenswerth der engere Bundesstaat, welcher, unter dem Fortbestande des Bundesverhältnisses für Alle, für einen größeren Theil der deutschen Staaten eine festere Einheit begründe. (A. Z. C.)

In der gestrigen Sitzung der Oppositionsdeputirten in der Conversationshalle, wurde insbesondere auf Anregung des Abgeordneten Bürgermeisters Philipps die Amnestiefrage wieder aufgenommen und der betreffende Antrag dahin formulirt, „daß für alle seit dem 18. März v. J. stattgehabten politischen Vergehen Straflosigkeit ausgesprochen werden möge.“ Die Berathung wird fortgesetzt. Es traten gestern gegen 50 Redner auf, und darunter als Hauptwortführer Kinkel, Mäe, Otto u.

Der Abgeordnete d'Estèr will für die Partei der äußersten Linken ein neues Zeitungsorgan gründen, welches täglich erscheinen, jedoch erst dann beginnen soll, wenn sich circa 500 Abnehmer gefunden haben. Er benutzt dazu die Portofreiheit der Abgeordneten. Schöne Speculation. (A. Z. C.)

Auf Anordnung des Generals von Wrangel hat der Besitzer der Conversations-Halle die polizeiliche Weisung erhalten, darauf zu achten, daß die Opposition während des Belagerungs-Zustandes in seinem Lokale keine öffentliche Sitzung halte. Seitdem dies Lokal der Versammlungsort für die ständische Opposition geworden, hat sich das frühere konservative Publikum, welches hier stark verkehrte, fast gänzlich verloren, wogegen die Demokraten Berlins immer mehr einrücken. (A. Z. C.)

In Folge der Kündigung des Malmer Waffenstillstandes hat die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem preussischen Cabinet angeordnet, daß 20,000 Mann deutscher Truppen zur Grenze vorrücken sollen. Preußen hat zu diesem Contingent 10,000 M. zu stellen, welche jedoch diesmal nicht aus der Garde, sondern aus den Linienregimentern genommen werden sollen, um auch diese an den Felddienst zu gewöhnen. Die übrigen 10,000 Mann werden die andern norddeutschen Staaten liefern und zwar Sachsen allein 7 Bataillone. (A. Z. C.)

Der König wurde heute bei der Parade mit vielen Hurrahs empfangen. Die sämtlichen hier garnisonirenden Truppen, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, etwa 20,000 M. stark paradirten, auf der Ebene hinter dem Zellengefängniß. Wie man hört, waren Infanterie wie Artillerie mit Munition versehen worden. Eine glänzende Suite folgte.



Auch auf dem Köpnickefelde sollen sich Arbeiterbewegungen kund gethan haben, weil die Conducteurs den Lohn der Arbeiter zu vermindern und die Arbeitszeit zu verlängern beabsichtigt hätten. Die Mitglieder der betreffenden Gewerke haben deshalb bereits eine Beschwerde beim Handelsminister eingereicht. Die Maurer, welche an der Kammer arbeiten, haben gestern ihre Thätigkeit eingestellt. Die Rattendrucker sind zum Theil noch nicht wieder eingetreten. Die Arbeitseinstellung der Letzteren soll indeß den Fabrikherren nicht eben unerwünscht sein, weil sie damit auch deyer ledig werden, die sie nur aus äußeren Rücksichten beschäftigten und deren Händearbeit durch Maschinenkraft vollständig aufgewogen wird. Mit diesen Bewegungen verbindet sich eine zunehmende Opposition gegen das Gewerbegesetz vom 9. Februar. Namentlich haben die Schneidergesellen so eben auf das Entschiedenste gegen die Ausführung protestirt und weigern sich, dazu die erforderlichen Wahlen vorzunehmen.

Gestern fand auf dem Criminalgericht eine umfangreiche Gerichtsverhandlung wegen Aufruhrs statt. Dieselbe betraf die bekannte Maschinenzerstörung auf dem Köpnickefelde am 11. October, welche bekanntlich der erste Anfang der Explosion war, die sich am 16. October zwischen Arbeitern und Bürgerwehr ereignete. Die Publikation der Strafen wurde auf heute ausgesetzt. Vor den Thüren hatte sich eine Schaar von Arbeitern zusammengefunden und als am Schluß der Verhandlung die Zeugen, welche gegen die Angeklagten ausgesagt hatten, auf die Straße heraustraten, wurden sie mit Schreie und Lärm empfangen. Einer wurde sogar körperlich mißhandelt auf die Straße niedergeworfen und entging nur durch Flucht in ein nahe gelegenes Haus dringender Lebensgefahr. Hinterher ergab sich, daß es ein ganz Unbetheiligter gewesen war. Diese Art der Volksjustiz dürfte die Rechtspflege sehr bald durch Vermittlung aller Zungenbeweises wesentlich erschweren, wenn nicht kräftiger Einhalt erfolgt. (N. Z. C.)

In der ganzen Preussischen Armee soll statt des weißen Lederzeuges schwarzes und statt der hellen Bleche an den Helmen dunkle eingeführt werden. Man will dadurch verhüten, daß die Truppen dem Feinde gegenüber künftig zu sehr markirt werden. Es hat Letzteres besonders im letzten dänischen Kriege sehr nachtheilige Folgen herbeigeführt.

Aus Wien sind folgende, wie es scheint, verbürgte Nachrichten von hoher Wichtigkeit eingegangen. Die Nationalversammlung in Kremier ist aufgelöst, eine Verfassung octroyirt worden. Dieselbe hat indirecte Wahlen, ein Zweikammersystem und Wahlcensus für die Urwähler, der sich bei der ersten Kammer auf 500 Gulden, bei der zweiten auf 10 Gulden beläuft. Die Mörder Latours, vier an der Zahl, sollen hingerichtet sein. Außerdem will man viele Spuren einer republikanischen Schilderhebung gefunden haben, welche von Straßburg ausgehend über ganz Deutschland erstreckt werden sollte und als deren erstes Opfer von Gagern fallen sollte. Die österreichische Legation soll jene Nachrichten bestätigt haben. (N. Z. C.) [Die Spen. Ztg. meldet, daß sieben der Abgeordneten dem Gericht überliefert worden sind und daß Kremier von Truppen eingeschlossen ist.]

Wien, d. 5. März. Das heute veröffentlichte 27. Armeebulletin lautet:

Den 26. und 27. Febr. hatten die Spigen der Kolonne der unter dem F. M. Fürsten zu Windisch-Grätz vordringenden Hauptarmee die Rebellen aus der Stellung hinter der Tarna zwischen Kapolna und Kaal angegriffen und zurückgeworfen. Die Kolonnen des F. M. L. Schlick, welche gegen Berpeleth und Erlau vordrücken, hatten den Feind in die Plante genommen und durch diese gelungene Bewegung seine Rückzugslinie gegen Miskolcz und Tokay bedroht. Der Feldmarschall rückte am 28. Febr. auf

der ganzen Linie vor und verlegte sein Hauptquartier diesen Tag nach Maklar, nachdem der Feind es eben verlassen und sich in der Richtung gegen Mező-Kövesd zurückgezogen hatte. Dem eiligen Rückzuge des Feindes rasch folgend, stieß das Kürassierregiment Prinz Karl von Preußen nahe an Mező-Kövesd auf die hier zusammengedrückte Arrièregarde des Feindes, wobei es zu einem harmächtigen Kavalleriegefechte kam, welches von den nachrückenden Brigaden Wyß und Montenuovo unterstützt wurde. Am 1. März unternahm der Feldmarschall längs der ganzen Linie eine große Recognoscirung längs der ganzen Ebene, die sich von Mező-Kövesd über Jßvan bis an die Theiß zieht, welche jedoch des großen Nebels und Schneewetters wegen nicht die nöthigen Resultate gab. Einweilen manövrirte das Korps des F. M. L. Schlick immer in der rechten Flanke des Feindes, der dadurch genöthigt war, noch im Laufe des Tags Mező-Kövesd zu räumen, sich über Szemere und Eger Farnos gegen Poroslo zurückzuziehen. Die Brigade Deym von dem Korps des F. M. L. Schlick besetzte Mező-Kövesd. Gegen Mittag, als sich der Nebel etwas verzogen, meldeten die recognoscirenden Avantgarden den Abmarsch des Feindes in der Richtung gegen die Theiß, und seinen Uebergangspunkt bei Tisa-Füzred. Der Feldmarschall disponirte sogleich 3 Brigaden auf die Rückzugslinie des Feindes, dessen Arrièregarde bei Szemere erreicht wurde. Bei Eger Farnos versuchte der Feind noch einmal Widerstand zu leisten, wurde aber geworfen, und am Abend dieser Ort von unsern siegenden Truppen besetzt. Der Feldmarschall hatte zu gleicher Zeit von Beseno aus eine Brigade des ersten Armeekorps unter Führung des Generalmajor Zeisberg auf der Straße nach Poroslo gesandt, und am 2. März Morgens, woher die letzten Berichte aus dem Hauptquartiere Maklar sind, war die ganze Armee im Vorrücken gegen die Theiß. Die Division des F. M. L. Kamberg hatte ihre Avantgarde von Kaschau bereits auf der Straße, die sich bei Hibas-Nemethy theilt und dort links nach Tokay, rechts nach Miskolcz führt, vorgeschoben.

Bei Komorn war es auf dem rechten Donauufer schon zu mehreren Gefechten zwischen den Insurgenten und den Truppen der Brigade Lederer gekommen, so machte die Besatzung Komorns schon am 17. Febr. mit neun Compagnien, zwei Geschützen und einer halben Escadron Husaren einen Ausfall und warf sich, protegirt von einem lebhaften Kanonenfeuer, aus dem Brückenkopf auf die linke Flanke der unter Commando des Majors Kellner von Khevenhiller Infanterie D-Szöny besetzt haltenden Abtheilung. Major Kellner griff die Insurgenten an und warf sie zurück, wobei selbe 17 M. an Todten verloren. Einen ähnlichen Ausfall versuchte die Besatzung am 24. Febr. mit zwei Bataillonen Infanterie, einer halben Escadron Husaren und drei Kanonen. Der Feind eröffnete ein lebhaftes Geschützfeuer auf die Stellung des Majors Kellner, welcher mit dem 2. Bataillon Khevenhiller, einer halben Escadron Fiquelmont Dragoner und einer halben 12pfündigen Batterie D-Szöny besetzt hält. 40 Granaten fielen in den Ort und zündeten an fünf Stellen, wobei mehrere Häuser gänzlich abbrannten. Den zweckmäßigen Dispositionen des Majors Kellner, und der Entschlossenheit seiner Truppe gelang es, dem Feuer Einhalt zu thun, und als nachher unter thätiger Mitwirkung der, unter Hauptmann Schmuß, in die rechte Flanke des Feindes mit zwei Kanonen entsendeten Division desselben Regiments, die Offensive ergriffen wurde, hat diese brave Bataillon die Insurgenten, welche einen Verlust von 50 M. erlitten, in den Bereich der Kanonen der Festung zurückgeworfen und auch diesen Ausfall siegreich abgeschlagen. Nunmehr ist dasselbst die Division des F. M. L. Simunich an dem linken Donauufer eingetroffen. Die hierzu gehörige Brigade Weigl steht auf dem linken Ufer der Waag. Die Brigade Sossay, schon seit mehreren Tagen in R. Tany eingetroffen, hält die Insel Schütt besetzt, und man ist beschäftigt, bei Szöny eine Schiffbrücke zu schlagen, um so die Verbindung beider Donauufer für das Sernirungscorps herzustellen, und da auch der Belagerungsstrain von Leopoldstadt bei Komorn eingetroffen ist, so wird die Belieferung der Festung nächster Tage beginnen. — Officielle Nachrichten vom 3. März aus Krakau sagen, daß 600 Kosaken die russische Grenze auf dem eigenen Gebiete vor Michalowice, an die Weichsel, und von dort bis an die Pilica besetzt halten. Krakau, welches nach andern Nachrichten bombardirt und sogar von den Russen besetzt sein sollte, war ruhig, obwohl zahlreiche Emisare und Waffenschmuggler bemuht waren, die Ruhe zu stören. F. M. L. Ledigic war dort vollkommen in Verfassung, jeder Eventualität zu begegnen. Wien, d. 5. März 1849. F. M. L. Welden.

## Spanien.

Madrid, d. 26. Febr. Die diesseitige Regierung hat gestern aus Dimuz eine Note empfangen, in welcher das österreichische Cabinet die von jener an dasselbe unter dem 21. Dezember gerichtete Einladung, gemeinschaftlich mit den übrigen katholischen Mächten Europa's sich zu einer Konferenz zu ver-

einigen, um über die zur Wiedereinsetzung des Papstes in den vollen Genuß seiner geistlichen Rechte dienenden Mittel zu berathschlagen, beantwortet. Diese Note lautet, dem Vernehmen nach, dem Inhalte der vorausgegangenen spanischen entsprechend. Indessen wird Gaeta als der Punkt festgestellt, an welchem die Konferenzen stattfinden sollen, und zugleich den Höfen von Madrid und Neapel überlassen, für den Fall der Nothwendigkeit einer bewaffneten Einschreitung diese zur Vollziehung zu bringen. (Pr. St.-Anz.)

## Kammerverhandlungen.

### Erste Kammer.

Den 8. März.

Nach mehreren geschäftlichen Angelegenheiten trat der Abgeordnete von Schleinitz darauf an, die Verfassungsurkunde vom 5. Decbr. den Abtheilungen zur Vorberathung über die vorbehaltene Revision zu überweisen. Nach vorgängiger kurzer Begründung trat die Versammlung dem Vorschlage bei. Der Justizminister legte die deutsche Wechselordnung mit den abändernden Bestimmungen vor. Neue beantragte Estitution der in Ausführung begriffenen Verordnungen vom 2. u. 3. Januar über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschwornen. Nach längerer Debatte, an der vorzüglich der Antragsteller, Minister Hintelen, Daniels und Forkenbeck sich betheiligten, beschloß die Kammer, den Hauptantrag zur weiteren Erwägung der Abtheilung zu überweisen. Zum Schluß wurde die ministerielle Denkschrift über den Belagerungszustand Berlins vorgelesen.

### Zweite Kammer.

Den 8. März.

Der Wunsch, mit dem der erste Artikel in heutigen Hauptstücke schließt, ist glänzend erfüllt worden. Die Partei, welche unsern Rechtszustand abermals in Frage zu stellen beabsichtigte, ist mit großer Majorität geschlagen; und es hat sich bei einer der verhandelten Fragen, welche die Rechtsgültigkeit der Verfassung betraf, gezeigt, daß ein erheblicher Theil auch der Linken die Verfassung anerkennt.

Zuerst wurde der „Antrag des Abgeordneten v. Binde wegen einer Kommission zur Anfertigung des Adressentwurfes“ zur Verhandlung gebracht. Binde hatte seinen Antrag mit den Worten begründet: „Die Ansprache des Königs an die Vertreter des Volks erheischt eine Erwiderung und es ist ein konstitutioneller Gebrauch, daß sie sofort auf die Thronrede folge. Das Land erwartet von seinen Vertretern eine allgemeine Aeußerung über die wichtigsten Fragen, die es bewegen.“ Er fügte weiter hinzu, daß es vor Allem die Stellung der Kammer zur oetroyirten Verfassung und die Stellung Preußens zu Deutschland sei, über welche eine Aeußerung der Kammer nothwendig sei. Die Linke bekämpfte den Antrag. Ihr hauptsächlichster Sprecher war von Kirchmann. Er trat mit den rosthigen und zerbrochenen Waffen auf, die er aus dem verfallenen und verpörreren Zeughaufe der aufgelösten Nationalversammlung herbeigeht hat. Nach den Auszügen, die vor uns liegen, mag die Rede Kirchmanns einen übeln Eindruck gemacht haben. Alle jene Oberflächlichkeiten und verwegenen, aller Wirklichkeit widersprechenden Behauptungen, alle jene Phrasen, in denen erfahrungsarme Hitzköpfe der Nationalversammlung sich wohlgefällig gebadet hatten, kehrten wieder und es mag fast geschienen haben, als sei die alte Nationalversammlung aus dem Grabe herauf als Gespenst in die zweite Kammer getreten. Den Herren von der Linken beliebte es zu behaupten: „das Land ist gegen die Adresse“ — „die Adresse ist unnütz — die Adresse schadet der Kammer und der Freiheit — die Adresse ist ein Stück Papier — sie ist in England eine Spielerei, die die preussische Kammer nicht nachahmen soll — mindestens die Hälfte des Volks ist gegen die Adresse — wenn die Kammer auf die Ansprache der Krone schweigt, wird die Ehrfurcht vor der Krone nicht verletzt — wenn die Kammer auf die Ansprache der Krone nicht antwortet, so ist dies ein Fall, der zeigt, daß es besser ist, seinen Gegner zu ignoriren — die Adresse ist ein Nest von Zweideutigkeiten, die geeignet sind, die Kammer zu spalten.“ — Zu diesen Allgemeinheiten, Robomontaden und handgreiflichen Widersprüchen fügte Kirchmann folgende Worte: „die Frage über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Verfassung kann durch die Adressdebatte überdies nicht erledigt werden; denn wir von der linken Seite werden bei jeder Gesetzesvorlage, und Sie werden uns dies nicht verdenken, immer von Neuem bemüht sein, unserer Meinung die Majorität und Geltung zu verschaffen. Lassen Sie uns die Rechtsfrage über Gültigkeit der Verfassung

jetzt bei Seite schieben und auf den Inhalt derselben eingehen. Diesen lassen sie uns vereinbaren (!!). Was die deutsche Frage anlangt, so lassen Sie uns die deutsche Einheit lieber durch Brechung der persönlichen Regierungsinteressen herbeiführen. (Sehr gut.) Der Boden auf dem wir (?) stehen, ist noch sehr schwankend. Ich glaube, daß es eine große Partei im Lande giebt, die nur auf einen Fehler von unserer Seite wartet, um ihn abermals zu einer Auflösung der Volksvertretung zu benutzen.“ Diese Worte enthalten ein dankbar aufzunehmendes Geständniß. Der Redner räumt ein, daß es ein Fehler der Vereinarer war, welcher Ursache wurde, warum die Steuern verweigerer aufgelöst wurden, daß es ein Fehler war, wenn die Versammlung in Brandenburg nicht veröhnlicher auftrat. Das Bekenntniß des Redners ist ferner deswegen kostbar, weil es die politische Unsicherheit der Linken in ihrer ganzen Blöße darstellt. Sie weiß sich vor Fehlern, vor Ueberschreitungen nicht sicher und trachtet daher die an sich unvermeidlichen Fragen lieber „bei Seite zu schieben,“ um sich dadurch vor Fehlern zu bewahren. Aber wenn es Gegner giebt, die auf einen Fehler der Linken warten, um sie für das Land als Unfähige zu beseitigen, so hüte sich der Vertreter vor Fehltritten, die dem Lande gefährlich werden können. Deshalb hat das Volk seine Vertreter nicht in die Kammern gesandt, damit sie auf Kosten des Landes ungeachtet Fehler begehen oder zur Vermeidung etwaiger Fehler die schweren Fragen, deren Lösung das Land entgegenhart, bei Seite schiebe.

Am Schluß der Debatte hatte der Antragsteller von Binde das Wort. Er sprach ungefähr Folgendes: „Es sind so viel Einwände gegen den Erlaß einer Adresse gemacht worden, daß ich genöthigt bin, noch einmal das Wort zu ergreifen. Ein Redner hat zunächst die Befürchtung ausgesprochen, daß die Adressdebatte zu Angriffen gegen die Krone führen könne. Meine Herren! Wir befinden uns in einem konstitutionellen Staate, und das Ministerium ist für jeden Regierungsakt verantwortlich, also auch für die Thronrede, selbst wenn es dieselbe nicht kontrahirt hat. Die Angriffe gegen die Thronrede gehen daher lediglich das Ministerium und nicht den Träger der Krone an. Ein anderer Redner hat die Thronrede als nichtsagend bezeichnet. Ich glaube jedoch, daß dieselbe gerade in den wichtigsten Fragen sehr klar ist. Man hat ferner gesagt: die materiellen Fragen erheischen zunächst die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der Kammer. Ich bin hiermit einverstanden. Das Wichtigste aber ist, daß wir uns zunächst über den öffentlichen Rechtszustand des Landes aussprechen und diesen feststellen, denn hiervon hängen alle materiellen Interessen des Landes ab. Es ist ferner behauptet worden: die meisten Abgeordneten der Linken hätten gegen ihre Wähler die Ungültigkeit der oetroyirten Verfassung ausgesprochen. Wenn dies wirklich ihre ehrliche und deutsche Ueberzeugung ist, so frage ich diese Herren: Wie haben Sie Ihr Mandat annehmen können? — Wenn Sie wirklich in ehrlicher deutscher, unzweideutiger Weise Ihre Ueberzeugung vor Ihren Wählern ausgesprochen und Sie trotzdem eine Majorität auf den Grund einer für ungültig erklärten Verfassung gewählt hat; so begreife ich nicht, wie so viele Juristen auf jener Seite ein solches Mandat haben annehmen können. Das geht über meinen Horizont. Es ist ferner gegen die Adresse eingewendet worden, daß die Berathung derselben zu viel Zeit rauben werde. Wir auf dieser Seite (auf die Rechte deutend) sind gar nicht so sehr gespalten, wie es auf jener Seite der Fall zu sein scheint. Uns ist der Inhalt der Adresse gar nicht so zweifelhaft, wir werden sehr bald fertig werden, wir wollen die Adress-Debatten nicht zu glänzenden Reden benutzen. Wollen Sie die Debatte hinziehen, so ist es Ihre Schuld. Man hat uns auch noch vorgeworfen, daß wir jetzt unsere Majorität benutzen wollten, um eine Adresse durchzusetzen, während schon in wenigen Wochen die Herren von jener Seite durch die Nachwahlen die Majorität erlangen würden. Ich weiß nicht, ob diese Vermuthung richtig ist. Sie, meine Herren, haben wahrscheinlich bessere Nachrichten. (Heiterkeit.) Halten Sie jedoch Ihre Gründe für so schwach, daß sie unsere Majorität nicht erschüttern können, so sind diese Gründe in der That nicht der Beachtung werth. Es ist mir ferner der Vorwurf gemacht worden: ich wolle den Schwerpunkt Deutschlands nach der Peripherie verlegen. Ich protestire dagegen, daß man einen solchen Sinn aus meinen Worten ziehe. Ueber meine Lippen ist kein Wort gekommen, was die Autorität der deutschen National-Versammlung erschüttern könnte; aber die Ueberzeugung habe ich ausgesprochen, daß ein Ausspruch von Ihrer Seite in der deutschen Frage das frankfurter Parlament sehr kräftigen werde. — Man hat gesagt, der Krieg mit Dänemark sei im Interesse der Kabinette entschieden worden; ich frage Sie, ob das wahr ist? Ich dünke doch, der Krieg hätte lediglich und allein im Interesse des schleswighischen Volkes Statt gefunden, und obgleich Preußen in seinen materiellen Interessen durch den Kampf viel gelitten hat, so würde ich doch für den Krieg stimmen, wenn es sich um die Ehre Deutschlands handelt; denn ich achte diese Ehre höher als jene materiellen Interessen. Noch einmal wiederhole ich es, daß wir die Adress-Debatte in einer Sitzung zu Ende bringen wollen. Wir scheuen den Kampf nicht und sind von Ihnen, meine Herren zur Linken, überzeugt, daß auch Sie den Kampf nicht scheuen werden. Deshalb stimmen Sie für die Adresse.“

Auf Antrag des Abgeordneten Schneider aus Schönebeck wurde namentlich abgestimmt und der Antrag Binde's „eine Kommission durch die Abtheilungen wählen zu lassen, welche eine Adresse an Se. Majestät den König als Antwort auf die Thronrede zu entwerfen hat“ wurde mit 172 gegen 159 Stimmen angenommen.

Zu diesem Siege der wahrhaft konstitutionellen Partei kam ein anderer noch viel glänzender. Der Abgeordnete Behnisch von der Linken hatte beantragt, „es solle ein Ausschuss gewählt werden, welchem die oktroyirte Verfassung als Grundlage der Vorberathung für das Plenum überwiesen werde.“ Der Antrag war darauf berechnet, die Gültigkeit der Verfassung in Frage zu stellen. Die Redner der Linken, Dietrichke, d'Estier und v. Sedendorf u. s. w. hatten dies kein Fehl, aber sie wurden von Siel, von Binde und von Schwerin widerlegt und der Antrag mit großer Majorität verworfen. Nicht bloß die Rechte, sondern auch ein Theil der Linken stimmte gegen den Antrag.

Einige andere Anträge von minderer Wichtigkeit wurden entweder zurückgezogen oder durch Regierungsvorlagen sofort erledigt. Unter die ersten gehörte ein Antrag Waldeck's wegen Aufhebung des Belagerungszustandes, worüber am 12. d. verhandelt werden soll. Der Minister von Manteuffel hatte in dieser Beziehung mehrere Vorlagen eingebracht, nämlich 3 Gesegentwürfe zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und eine Denkschrift über die Gründe der Verhängung des Belagerungszustandes. Zum Schluß entschied sich die Kammer einen Antrag auf unbeschränkte Postfreiheit für die Abgeordneten in Erwägung zu nehmen.

**Constitutioneller Verein des Saalkreises.**

Seidersee, d. 7. März. Die heutige Versammlung des constitutionellen Vereins des Saalkreises ward durch einen Bericht ihres bisherigen Ordners, welcher als Abgeordneter der Stadt Halle und des Saalkreises für die zweite preussische Kammer jetzt in Berlin ist, erfreut. Wir heben aus diesem Berichte eine Stelle hervor, die den Eindruck schildert, welche die Erscheinung des Königs auf den Herrn Berichterstatter gemacht hat. Er sagt:

Ueber die Eröffnung der Kammern im weißen Saale des Schlosses haben die Zeitungen genaue Beschreibungen gebracht, aber ich muß doch sagen, daß die stehenden Redensarten von Pracht, Würde u. s. w. mehr sind als dieß. Auf mich hat dieser Act einen dauernden tief einschneidenden Eindruck gemacht. An dem Glanze, der Pracht, der Schönheit, welche überall strahlte, kann man höchstens mit Staunen und Bewunderung vorübergehen, die Würde aber, die sichere und feste Haltung, womit unser König daherschritt, der männliche und entschlossene, die innerste Betheiligung kundgebende Ton, womit er die Rede vorlas, die gespannte Theilnahme der großen Versammlung, das überstrahlte weit allen äußerem Glanz und drang zum Herzen. Als das Hoch beim Weggehen des Königs so gewaltig erscholl, da richtete er das etwas gefenkte Haupt fest und kühn empor, hemmte ein wenig die Schritte und schaute ernst und vertrauensvoll in die Versammlung. Es war mir als sagte er: „gut, ich vertraue auf Euch.“ Wahrhaft erschüttert und auch erglöhrt von schönen Gefühlen für die Größe und Macht unserer Nation verließen wir den Saal um — in eine störende Wirklichkeit einzutreten; denn schreiende Berliner empfingen die großen Häuptlinge der Linken mit Hurrahs. Daß diese Thoren nie einsehen, wie sie ihre eignen Todengräber bejauchzen! Es waren natürlich bestellte Schreier!

Im weiteren Verfolge des Berichts spricht sich der Herr Abgeordnete darüber aus, daß die Haltung der Kammer im Allgemeinen erfreulich sei, indem auch auf den Bänken der Linken ein anständiger Ton herrsche, weil alle zu dem Gefühle gekommen zu sein scheinen, daß es nicht mehr an der Zeit sei, durch äußere Rohheit und Nachlässigkeit groß zu erscheinen. Er spricht seine Freude aus über die Majorität, welche sich bei Annahme der provisorischen Geschäftsordnung herausgestellt habe, und die zuversichtliche Hoffnung, daß diese Majorität unerschütterlich fest zusammen halten werde. Wenn gleich nach Annahme der Adresse Auseinandersetzungen von der äußersten Rechten bis zum rechten Centrum stattfinden dürften, so würden doch alle diese Fractionen der Rechten in steter Verbindung mit einander bleiben.

Was das Ministerium anbetrifft, so enthält sich Herr Fubel jeder Aeußerung darüber, ob dasselbe fortbestehen werde, da man zunächst dessen Vertheidigung abwarten müsse, ehe man sich für oder gegen dasselbe ausspreche. Ein Ministerium zu stützen, sei für eine Kammer ein Leichtes aber nicht immer segensreich fürs Land.

Die Versammlung folgte dem Berichte mit großer Theilnahme, konnte indessen die Befürchtung nicht unterdrücken, daß der Herr Berichterstatter die Lage der Dinge günstiger ansehe, als sie wirklich sei; denn es schien den Anwesenden die conservative Majorität von 19 Stimmen, welche bei Annahme der Geschäftsordnung sich herausgestellt hatte, und welche durch Nachwahlen möglicher Weise noch vermindert werden kann, nicht bedeutend genug zu sein, um für die Zukunft sich jeder Sorge entschlagen zu können, indem auch in der Nationalversammlung die conservativen Elemente Anfangs

das Uebergewicht hatten, nach und nach aber immer mehr geschwächt wurden.

Nach beendeter Besprechung der preussischen Angelegenheiten, wurden die Angelegenheiten in Frankfurt noch ins Auge gefaßt, welche neuerdings auch eine Wendung erhalten habe, die für das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaats nicht günstig ist.

Die Versammlung war durchbrungen von der Ueberzeugung, daß die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten wesentlich davon abhinge, wie sich die provisorischen Kammern zur deutschen Frage stellten, und ob dieselbe sich jeder factischen Opposition gegen die Regierung enthielten, weil nur eine des Einverständnisses mit der Majorität der Kammer sichere Regierung stark genug sei, um in der deutschen Frage ein einflußreiches und entscheidendes Wort zu sprechen.

**Bereinigte Gemeinde.**

Sonntag Gottesdienst: Herr Prediger Uhlisch aus Magdeburg.

**Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung**

der von den Bäckern und Backwaarenhändlern in den Städten des Saalkreises für den Monat März 1849 eingezeichneten Taxen.

Die Backwaaren müssen noch 24 Stunden nach dem Backen das angegebene Gewicht haben.

Name:	Roggen-Gebäck:						Weizen-Gebäck:	
	feines Brod		Hausbacken-Brod		Schwarz-Brod		12 Stück Semmeln für 1 Egr.	
	pro Pfd.		pro Pfd.		pro Pfd.		2½.	Quent.
<b>Wettin.</b>								
1. Chrystall sen.	1	—	—	6	—	—	18	—
2. Chrystall jun.	—	11	—	6	—	—	17	—
3. Elfe . . .	—	11	—	7	—	—	17	—
4. Günther . . .	—	10	—	6	—	—	19	—
5. Rathmann . . .	—	11	—	6	—	—	17	—
6. Rosenfeld jun.	—	11	—	6	—	—	18	—
7. Schröder . . .	—	10	—	6	—	—	19	—
8. Schade sen. . .	—	10	—	6	—	—	18	—
9. Schade jun. . .	—	11	—	6	—	—	18	—
<b>Sönnern.</b>								
1. Berger . . .	—	—	—	8	—	—	20	—
2. Eberus . . .	—	—	—	7	—	—	19	2
3. Berth . . .	1	—	—	8	—	—	18	—
4. Gotzsch . . .	1	—	—	7	—	—	18	—
5. Günther . . .	1	—	—	8	—	—	18	—
6. Harnisch sen.	—	—	—	8	—	—	18	—
7. Harnisch jun.	—	10	—	8	—	—	18	—
8. Rnauf . . .	1	—	—	7	—	—	18	—
9. Linke . . .	—	—	—	8	—	—	18	—
10. Schmidt . . .	—	—	—	8	—	—	18	—
<b>Löbejün.</b>								
1. Beck . . .	—	9	—	6	—	—	19	—
2. Berg . . .	—	9	—	6	—	—	18	—
3. Faust . . .	1	—	—	6	—	4	19	—
4. Göschle . . .	—	9	—	6	—	4	18	—
5. Wwe. Güldenfuß	—	9	—	6	—	4	18	—
6. Hedede . . .	1	—	—	6	—	—	20	—
7. Hubemann . . .	—	—	—	8	—	—	—	—
8. Rebentisch . . .	—	10	—	6	—	—	20	—
9. Tümmler, Frd.	—	10	—	8	—	6	20	—
10. Tümmler, Carl	—	10	—	6	—	—	20	—

**Nothwendiger Verkauf**  
beim

**Königl. Preuß. Land- und Stadtgerichte zu Halle a. d. S.**

Das zu Siebichenstein belegene, dem Eisengießereibesitzer August Theodor Ferdinand Felber daselbst gehörige und im Hypothekenbuche sub Nr. 68 der Haleschen Weinberge eingetragene, aus einem Wohnhause, einem Gießhause, einer Werkstätte und andern Baulichkeiten resp. Zubehörungen bestehende Grundstück nach der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Taxe abgeschätzt auf 6715 R<sup>th</sup> 11 S<sup>gr</sup> 3 R<sup>den</sup> soll

am 30. August d. J. Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst, Zimmer Nr. 6 vor dem Deputirten Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Langerhannß meistbietend versteigert werden. Alle unbekanntenen Real-Prätendenten, insbesondere die Erben des Besitzers c. Felber, werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

**Nothwendiger Verkauf**  
beim **Königl. Preuß. Land- und Stadtgerichte zu Halle a. d. S.**

Das hier selbst in den Kleinschmieden belegene, dem Kaufmann Karl Eduard Stracke gehörige Grundstück, nach der, nebst Hypotheken-Schein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Taxe abgeschätzt auf 5106 R<sup>th</sup> 17 S<sup>gr</sup> 6 R<sup>den</sup> soll

am 11. Juli 1849 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst, Zimmer Nr. 6, vor dem Deputirten Land- und Stadtgerichts-Rath Stecher meistbietend versteigert werden.

**Fettvieh-Auction.**

Freitag, den 23. März d. J., Vormittags 11 Uhr sollen auf der Zuckerfabrik zu Salzünde

30—40 Stück sehr fette schwere Bologländer Ochsen,

1 Partie fette Schweine, unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen gegen gleich baare Bezahlung meistbietend öffentlich verkauft werden.

Ein Theil dieses Viehs kann auch nach dem Verkauf gegen ein mäßiges Futtergeld noch eine Zeit lang stehen bleiben.

**Holz-Auction.**

Montag, den 19. d. M., Vormittags 10 Uhr sollen im Domnitzer Holz eine Quantität Eichen und Birken auf dem Stamme meistbietend verkauft werden.

**Holz-Verkäufe in der Oberförsterei Sckeuditz.**

Zum öffentlichen Verkauf unter den in den nachstehenden Terminen zu eröffnenden Bedingungen werden in den diesjährigen Schlägen an Ort und Stelle folgende aufgearbeitete Holz-Sortimente meistbietend ausgestellt:

I. in der Dölauer Haide bei Halle,

**Mittwoch den 14. März c. Vormittags 10 Uhr,**

am Ruhberge und Weg von Nietleben nach Lettin,

circa 400	Stück	Kiefern Bau- und Nutzholzstämmen	20—60' lang,	6—19" stark,
:	20	Rstern	:	Brennholz,
:	35	Schock	:	Abraum,
:	50	:	:	Baumpfähle,
:	50	:	:	Bohnenstangen;

II. in der Maslauer Forst bei Horburg,  
unweit der Leipzig-Merseburger Chaussee,

**Freitag den 16. März c. Vormittags 9 Uhr,**

an der Schöchelbrücke,

circa 4	Stück	Eichen Nutzholzstämmen	8—18' lang,	15—38" stark,
:	2	Rstern	:	21' :
:	6	Eichen	:	9—15' :
:	29	Buchen	:	7—18' :
:	7	Linden	:	12—15' :
:	7	Pappeln	:	12—39' :
:	23	Aspen	:	15—30' :
:	2 1/2	Klafter Eichen Böttcherholz	in 6 Loosen,	
:	70	:	Brennholz,	
:	1	Rstern	:	:
:	60	Buchen	:	:
:	2	Ellern	:	:
:	48	Aspen, Linden, Pappeln,	:	
:	43	Schock Buchen Abraum,	:	
:	30	Eichen	:	:
:	42	Aspen	:	:

Vorstehendes Material wird Kauflustigen auf Verlangen vorher angewiesen

ad I. von dem Herrn Förster Kaiser zu Nietleben, und

:" " " " " Hülfsaufseher Schuchardt zu Dölau;

:" " " " " Förster Heuschkel zu Maslau, und

:" " " " " Hülfsaufseher Niemann zu Horburg.

Sckeuditz, den 7. März 1849.

Der Oberförster Mechow.

Wir erhielten so eben:

**amerikanische galvanoelectrische Rheumatismus-Ketten,**

à Stück mit Gebrauchs-Anweisung 15 S<sup>gr</sup> und empfehlen solche, so wie die beiden schon gehabtten stärkeren Sorten à 1 R<sup>th</sup> und 1 R<sup>th</sup> 15 S<sup>gr</sup>; endlich

**Rheumatismus-Ableiter,**

à 10 S<sup>gr</sup>, 15 S<sup>gr</sup>, 1 R<sup>th</sup> und 3 R<sup>th</sup> à Stück, dem leidenden Publikum hiermit ganz ergebenst.

Halle, den 6. März 1849.

Hoffmann & Mertens.

**Unterricht in der englischen Sprache.**

Um eine zweckmäßige und billige Gelegenheit zur schnellen und sichern Erlernung der englischen Sprache zu bieten, hat sich Unterzeichneter auf mehrseitige Veranlassung entschlossen, mit nächsten Ostern einen **Curfus** sowohl für **Anfänger** als auch **Geübtere** zu eröffnen. Etwaige Anfragen und Meldungen werden Rathhausgasse Nr. 250 von 1—2 Uhr erbeten.

Dr. Zimmermann,

Oberlehrer an der höhern Töchter Schule im Waisenhause,  
(früher Lehrer an einem englischen Institute in London).

Frische **Stralsunder Bratheringe** empfangt  
**Carl Kramm.**

(Geschäftsführerstelle.) Es wird für eine lebhaftere Manufaktur- und Colonial-Waarenhandlung unter annehml. Bedingungen ein tüchtiger Geschäftsführer gesucht durch das beauftragte Comtoir von  
**Clemens Warnecke in Braunschweig.**

**Solzkohlen (rein Kieferne)**

von bester Qualität empfiehlt im Einzelnen pro Tonne 22  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , im Ganzen bedeutend billiger  
**F. W. Trübe,**  
Halle, d. 7. März 1849. Klausthor-Vorstadt Nr. 2178.

Dem geehrten Publikum und meinen werthen Freunden mache hierdurch die ergebene Anzeige, dass ich mein hier neu begründetes

**Materialwaaren-Geschäft,**

**Obere Leipziger Strasse Nr. 1649,**

am Sonnabend den 10. März unter der Firma

**C. Fr. Mitreuter & Comp.**

eröffne. Ich bitte um Ihr geneigtes Vertrauen, welches ich durch streng reelle Bedienung und möglichst billige Preise mir zu erhalten bemüht sein werde.

Hochachtend

**C. Fr. Mitreuter.**

**Möbel-Fuhrwerks-Anzeige.**

Am 12. oder 13. März er. fahren zwei große Möbelwagen von Halle nach Berlin; diejenigen, welche von dieser Gelegenheit Gebrauch machen wollen, um Möbel oder andere Gegenstände zu billigem Preise transportiren zu lassen, wollen sich gefälligst bei dem Gärtner Herrn Rosch, im Hause Freiimfelde bei Halle, melden. Der Besitzer der Wagen ist auch erbötig, zum Abholen von Möbel u. nach Merseburg oder einer andern benachbarten Stadt zu fahren.

Einen Lehrling sucht zu Ostern der Schneidermeister Mandel, große Brauhausgasse Nr. 361.

Eine brauchbare Brückwaage und ein großer Mehlkasten werden zu kaufen gesucht Nr. 313.

Einen Lehrburschen sucht C. Glasmann, Schuhmachermeister, Schulgasse Nr. 95.

4000  $\mathcal{R}$  Pr. Cour. werden auf ein ländliches Grundstück mit 35 Morgen Land 1r Klasse auf erste Hypothek gesucht. Näheres Leipzigerstraße Nr. 282 1 Treppe hoch.

Einen Lehrling wünscht ohne Lehrgeld  
**G. Föse,**  
Bürstenmacher.

Ein militärfreier, mit guten Zeugnissen versehener Reitknecht findet auf hiesiger Königl. Reitbahn zum 1. April einen Dienst.

Frisch gebrannter Kalk Sonnabend den 10. d. bei Lieskau und in Halle beim Mauermeister Stengel, Nr. 1020.

**Stroh- und Bördüren-Süte** zum Waschen, Bleichen und Unnähen werden fortwährend angenommen bei  
**S. Ston,** alte Post.

Ein freundliches Logis ist an 1 oder 2 Herren mit Meubles zu vermieten auf dem Neumarkt Nr. 1247.

Drei gesunde Ammen vom Lande, eine Labendemoisell, sowie auch Köchinnen, Haus- und Kindermädchen weist nach Frau Schaaß, Promenade Nr. 1471.

Eine Restauration ersten Ranges in der Nähe von Halle, sehr vortheilhaft gelegen, steht sofort in Pacht zu nehmen. Näheres bei Supprian in Halle, Leipzigerstraße Nr. 283.

Dötter zur Aussaat empfiehlt  
Halle. **C. Stange.**

**Bekanntmachung.**

Die Anfuhr von 45 Fuder Steinknack, à 32 Cubikfuß, vom Galgenberge auf die Dessauer fiskalische Straße, soll am Montag den 12. d. M. Vormittags 10 Uhr

im Gasthose zur Tanne, Klausthorstraße hieselbst, dem Mindestfordernden verdungen werden. Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Halle, den 5. März 1849.

Der Wegebaumeister  
Steudener.

**Bekanntmachung.**

Die Pappeln an der Magdeburg-Leipziger Chaussee zwischen dem Wärterhause bei Morl und dem Gasthose zum Schwan sollen

am Mittwoch den 14. d. M. Vormittags 9 Uhr

im Gasthose zum Schwan bei Trotha öffentlich meistbietend verkauft werden. Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Halle, am 5. März 1849.

Der Wegebaumeister  
Steudener.

Daß ich jetzt wiederum in Halle und zwar in dem Hause des Auktions-Comm. Hrn. Brandt in der gr. Ulrichsstraße Nr. 20 wohnhaft bin, beehre ich mich meinen Geschäftsbekannteten ergebenst anzuzeigen.

Halle, den 8. März 1849.

Der Sekretair Schwennicke.

2000, 1500, 800, 600, 400 und 200  $\mathcal{R}$  sind auszuleihen durch den Secretair Kleist, große Klausstraße Nr. 896.

**Parlaments-Hüte,  
Filz-Hüte,  
Franz. Seidenhüte,**

empfehlen in reichhaltiger Auswahl  
**Chr. Voigt, Schmeerstraße.**

2 Rühr und eine Quantität Roggen- und Haferstroh verkauft Krieg in Langenbogen.

Wegen Veränderung der Wirthschaft sollen auf der Domaine Fregleben bei Sandersleben:

400 Stück vier- bis sechs-zählige gesunde Hammel,

400 Stück vier- bis sechs-zählige gesunde Schaaf

entweder mit oder ohne Wolle verkauft werden.  
Fr. Bieler.

**Bekanntmachung.**

Die Mitglieder der Königl. Preuß. Allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt zu Berlin werden hierdurch erinnert, ihre zum 1. April 1849 fälligen Beiträge bis zum 15. März d. J. an den Commisarius dieser Anstalt, Ober-Bergrevisor Dr. Thiele zu Halle (Promenade Nr. 1486 am Schauspielhause) jedenfalls einzuzahlen.

**Verwarnung.**

Jeder Kohlenfuhrmann und sonstige Passant wird hierdurch verwarnt, von der Chaussee ab und durch hiesigen Ort zu fahren. Wer dabei betroffen wird, wird mit 1 *Rp* an die hiesige Armenkasse bestraft.

Nietleben, den 8. März 1849.  
Der Ortsvorstand.

**Gesuch.**

Ein junger lediger Mann, für den vortheilhafte Zeugnisse sprechen, der erforderlichen Falls Caution leisten kann, sucht ehebaldigst eine Anstellung als Oekonomie-Verwalter, wenn auch eine Zeit lang ohne Gehalt. Auf portofreie Briefe sagt das Weitere der Geschäfts-Agent Louis Knauer in Weimar.

Eine Partie russ. Roggenmehl soll, um möglichst schnell damit zu räumen, billigst verkauft werden.

Halle, Klausstraße Nr. 2168.

Auf einem Rittergut wird ein erfahrener, der Feldwirthschaft und der Buchführung kundiger, mit guten Zeugnissen versehener Verwalter gesucht. Auf portofreie Anfragen giebt nähere Auskunft das Commissions-Bureau in Heldrungen.

Ein elternloses Mädchen von gesehmem Alter, welche Kochen, Nähen, Waschen und Plätten kann, sucht zum 1. April ein Unterkommen. Näheres bei Frau Hartmann, Leipziger Thor Nr. 1595.

5000, 1500, 1000, 600, 400 und 250 *Rp* sind auszuleihen durch den Actuar Danker, Schmeerstr. Nr. 480.

4 fette, schwere Ochsen, so wie 150 gut gemästete Hammel stehen zum Verkauf auf dem Rittergute Wallhausen bei Sangerhausen.

6 Schock Pflaumenbäume, 2 Eschen, 2 Schock Eiern sind zu verkaufen bei U. Günther in Rätzer.

**Sämmtlichen Innungen und Deputirten unserer Provinz empfehlen wir uns zum morgenden Feste.**

Den Wünschen und Anfragen vieler entgegen zu kommen, werden von uns zwei große Kuchen (sogenannte Congress-Kuchen) von einem Sechstel-Centner Schwere gebacken werden, wie es früher bei dergleichen Festen Gebrauch war, um den fremden Herren Gelegenheit zu geben, in ihre Heimath Etwas mitzubringen, und welche Mittags angeschnitten werden sollen.

Desgleichen sollen auch kleine, à Stück 6 *λ*, von Sonntags früh an in Dutzenden und einzeln den Tag über verkauft werden.

Gebr. Schmidt.

**Reisegelegenheit für Auswanderer nach Australien.**

Am 1. April expediren wir nach **Port-Adelaide** und **Melbourne** in **Australien** das schöne dreimastige Schiff „Wilhelmine Marie“, Capt. Boisen, welche Gelegenheit wir Allen, die gesonnen sind nach **Australien** zu wandern, empfehlen können.

Nähere Auskunft und Aufnahmescheine ertheilt in **Leipzig** Herr **Ferd. Ser-nau**, Grimmaische Straße Nr. 15.

Hamburg, im März 1849.

Knorr & Janßen.

**Bekanntmachung.****Berliner Land- und Wasser-Transport-Versicherungs-Gesellschaft.**

Zur Uebernahme von Versicherungen jeglicher Art wird die obige Gesellschaft mit dem Bemerten empfohlen, daß sie gegen die billigsten **Prämien** die ausgedehnteste **Garantie** leistet, auch die vorkommenden Schäden auf höchst liberale Weise regulirt.

Nietleben a/S. u. Halle a/S., den 9. März 1849.

**G. Ehrenberg** in **Nietleben a/S.** und **F. Ehrenberg** in **Halle a/S.**, als Agenten.

800, 300 und 200 *Rp* sogleich zahlbar sind auszuleihen bei Nicolai, Geiststraße Nr. 1251.

**Kalk-Verkauf.**

Von jetzt an ist alle Tage weißer Stückkalk, Mehlkalk, frische und alte Kalkasche zu haben beim Maurermeister Stein-kopff in Löbejün.

Beim Gutmann Henke in Schiepzig stehen sämtliche Schafe zu verkaufen.

Zwei gute, starke Pferde stehen zum Verkauf bei W. Schliack am Waisen-hause.

**Nächsten Sonntag, d. 11. d. M., kein Concert auf dem Thüringer Bahnhofs.**

**Rhein-Lachs, à Pfd. 24 Sgr., bei F. Eppner.**

Ueber mein antiq. Bücherlager gebe ich so eben gratis aus:

Catal. XXV. enthaltend Landwirthschaft und Viehzucht,

XXVI. Schriften über Technik, Handwerke, Mechanik, Maschinenbaukunst u.

XXVII. Handlungs- und forstwissenschaftliche Schriften.

Die Preise der in dem Catal. enthaltenen Schriften sind ungemein wohlfeil, oft nur den 10ten Theil des Ladenpreises.

W. Schmidt (Firma Lippert u. Schmidt), jetzt Rannische Straße Nr. 497.

Die neuesten Façons in

**Französischen**

**Seiden-Hüten** empfing und kann ganz besonders ihrer Dauer, Leichtigkeit und äußern Eleganz wegen empfehlen

**Herrn. Schöttler.**

**Kapitalien** von 2000 bis 10,000 *Rp* sind auf ländliche Grundstücke sogleich auszuleihen durch **A. Linn** in **Halle**, Lucke Nr. 1386.

**Einige Ritter- und Landgüter**, die sich durch besondere Billigkeit auszeichnen, sind zu verkaufen durch **A. Linn** in **Halle** Nr. 1386.